



# DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein

Schwerpunkt Ernährung

## Essen ist politisch

**Not und Elend**  
1948 wird das  
Brot knapp

**Rede und Antwort**  
Die Zitate des  
Jahres 2019

**Ost und West**  
Stephan Krawczyk  
im Gespräch

## 03 Meldungen

### Ernährung: Essen ist politisch

05 Das Agrarpaket treibt die Bauern auf die Straße

06 „Pottkieker-Gesetz“ soll Transparenz schaffen

Arbeitnehmerrechte und Tier-schutz: Schlachthöfe in der Kritik

07 Neue Fangquoten setzen Ostsee-Fischer unter Druck

08 **Rückblick 1948**  
Lebensmittel gibt es nur gegen Bezugsschein



Ernste Mienen in der Hungerzeit: Ministerpräsident Hermann Lüdemann und Landwirtschaftsminister Bruno Diekmann

10 „Jugend im Landtag“ zwischen Agrarpolitik und Kartoffelschalen

11 **Leichte Sprache**  
Wo früher die Grenze durch Deutschland war ist heute das Grüne Band

## Ausschüsse

12 Einschulung am Sonnabend? „Denkbar“

Debatte um Pflegekammer erreicht den Landtag

13 Bessere Zeiten für Paketzusteller?

Die „Friisk Stifting“ geht an den Start

14 **Zitate 2019: Kohlekraft, Klanxbüll, Kieler Woche, Kavallerie**

### Plenarprotokoll

71. Sitzung

Mittwoch, 13. November 2019

Rund 2.000 Seiten füllen die Debatten dieses Jahres. Wir haben interessante Beiträge herausgesucht.

## Plenarberichte

16 Wie weit geht die Flexibilität? Reform der Arbeitszeit ist umstritten

17 Kraftakt für das UKSH  
Klima-Check für alle Gesetze

18 Munition im Meer:  
Die Bombe tickt

Der Landeshaushalt 2020 im Überblick

19 Die Seite für das Ehrenamt

20 Personalien

21 **Meldungen**  
Bürgerpreis für Sport und Demokratie, ein Theaterstück für das Feierjahr 2020

22 **„Sensibel gegen Ideologien“**  
Der Dichter und Liedermacher Stephan Krawczyk im Interview



Ehemaliger DDR-Dissident mit kritischem Blick auf das heutige Deutschland: Stephan Krawczyk

24 **Nachgehakt**  
Semesterticket kommt, Verbote von „Homo-Therapie“ und „Upskirting“ auf dem Weg

25 **Bücherecke**  
Blick auf Wilhelm Kroker, Petra Köpping und Friederike Otto

26 **Im Porträt**  
Stephan Holowaty (FDP) und Claus Schaffer (AfD) persönlich

27 **Ins Bild gerückt**  
Zu Besuch im Landeshaus

28 **Termine, Termine, Termine**



## Der Schnappschuss

Bei „Jugend im Landtag“ ließen einige Teilnehmer Kanzler-Ambitionen erkennen.  
**Mehr auf den Seiten 4 und 10**

ZÄHLBARES

# 735

KILOKALORIEN

So viel hatten Menschen in Schleswig-Holsteins Großstädten im Mai 1947 pro Tag zur Verfügung. Empfohlen werden für einen Mann im mittleren Alter 2.400 und für eine gleichalte Frau 1.900 Kilokalorien.

Mehr ab Seite 8



Liebe Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner,

ein ereignisreiches Jahr neigt sich dem Ende zu. Ein Jahr, in dem auch in Schleswig-Holstein vor allem junge Menschen mit Besorgnis auf die Zukunft unseres Planeten geblickt und für ein grundsätzliches Umdenken und für das aktive Handeln für den Klimaschutz demonstriert haben. Ihr Engagement hat eindrucksvoll gezeigt, dass die junge Generation couragiert von ihrem Recht auf politische Teilhabe Gebrauch macht.

Zu Beginn des neuen Jahres wird aber auch der Blick in die Vergangenheit ein wichtiges Thema für Schleswig-Holstein sein. Zusammen mit unserem Nachbarland Dänemark erinnern wir daran, dass vor 100 Jahren durch eine demokratische Abstimmung die Grenze zwischen Deutschland und Dänemark neu gezogen wurde. Ein Ereignis, das 100 Jahre später dazu geführt hat, dass aus einer durch eine Grenze zerschnittenen Region heute ein Raum der kulturellen Begegnung, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der politischen Kooperation geworden ist. Das wollen wir 2020 gemeinsam feiern.

Ich wünsche Ihnen allen, den Bürgerinnen und Bürgern Schleswig-Holsteins, ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und alles Gute für das kommende Jahr 2020.

Ihr



Klaus Schlie, Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

## Fracking: Schleswig stützt die Position des Landtages

Das Land Schleswig-Holstein hat keine Zuständigkeit, um die umstrittene Öl- und Gasförderung mit der Fracking-Technik wasserrechtlich zu verbieten. Dies sei Aufgabe des Bundes. Das hat das Landesverfassungsgericht in Schleswig Anfang Dezember entschieden. Der entsprechende Antrag der Volksinitiative zum Schutz des Wassers wurde zurückgewiesen. Die Volksinitiative wollte im Landeswassergesetz ein vollständiges Fracking-Verbot festschreiben.

Mit seinem Urteil stützte das Gericht die Auffassung des Landtages. Das Parlament

hatte diesen Teil der Volksinitiative Anfang 2019 für unzulässig erklärt. Landtagspräsident Klaus Schlie begrüßte es, dass das Gericht die Position des Parlaments „in vollem Umfang“ bestätigt habe. Vertreter aller Fraktionen unterstrichen, dass sie ebenfalls strikte Gegner der Fracking-Technik seien. Oliver Kumbartzky (FDP) wies darauf hin, dass der Landtag bereits „alles rechtlich Zulässige“ getan habe, um Fracking im Lande zu verhindern. Der SSW sieht nun Berlin am Zug und hat einen entsprechenden Antrag für die Januar-Sitzung eingebracht.

## Politische Bildung: Landtagspräsident besucht junge Offiziere

**Die Marineschule Mürwik legt bei ihrer Offiziersausbildung verstärkt Wert auf politische Bildung. Die Idee: Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft besuchen die Offiziersanwärter, halten Vorträge und diskutieren mit den Soldaten. Den Anfang machte Anfang November Landtagspräsident Klaus Schlie.**

Der Parlamentspräsident sprach vor mehr als 200 angehenden Offizieren über einen „zeitgemäßen, mit unserer demokratischen Grundordnung vereinbaren Patriotismus“. Er machte deutlich, dass es nicht um ein „unreflektiertes und nationalistisch-überhebliches Bekenntnis zu einem abstrakten Deutschland“ gehen dürfe. Vielmehr sollten Soldaten

der Bundeswehr weltoffen und wehrhaft gegenüber jeder Form von Extremismus sein, so Schlie. In der anschließenden Diskussion stellte sich der Landtagspräsident eine Stunde lang den Fragen der Offiziersanwärter. Im Rahmen des neu konzipierten Politikunterrichts soll es für die angehenden Marineoffiziere auch einen Besuch im Landtag geben.

## Wortwörtlich

„Wir begegnen dem Sanierungsstau im Land und investieren im dritten Jamaika-Haushaltsjahr in Folge so viel wie keine andere Landesregierung vor uns.“  
(Ole-Christopher Plambeck, CDU)

„Die Kassen des Landes sind so gut gefüllt wie nie. Aber das hat nicht Jamaika gemacht. Wir haben eine gute Konjunktur, und Sie haben einfach Glück!“  
(Beate Raudies, SPD)

„Es wird eine Herausforderung sein, in 20 oder 30 Jahren den Jugendlichen zu erklären, warum wir heute, in Zeiten des Klimawandels, auf Kredite verzichten. Aber die Schuldenbremse gilt.“  
(Lasse Petersdotter, Grüne)

„Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf starten wir Schleswig-Holsteiner mit Schwung ins neue Jahrzehnt. Unser Land wird wieder ein Stück moderner, klüger und leistungsfähiger.“  
(Annabell Krämer, FDP)

„Mit der Verabschiedung des Haushalts wird wieder eine Chance vertan, die richtigen Weichen für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu stellen. Es rast ein Schuldenzug auf Kiel zu.“  
(Jörg Nobis, AfD)

„Wir stimmen dem Haushalt zu. In den skandinavischen Ländern ist es üblich, dass man sich über die Grenzen von Regierung und Opposition hinweg trifft und verständigt. Das liegt also in unserer DNA.“  
(Lars Harms, SSW)

„Wir gestalten, anstatt zu verwalten. Diesen Anspruch geben wir nicht auf, auch wenn die finanziellen Rahmenbedingungen schwieriger werden.“  
(Ministerpräsident Daniel Günther, CDU)

„Aus der Debatte zum Landeshaushalt 2020 am 11. Dezember. Mehr Zitate auf den Seiten 14 und 15, mehr zum Haushalt auf den Seiten 18 und 19.“



Landtagspräsident Schlie spricht zu den angehenden Offizieren in Mürwik.

## „Jugend im Landtag“ fordert den Klimanotstand

Deutschlands Norden soll bis 2035 CO<sub>2</sub>-neutral werden. Parlament und Regierung sollen den Klimanotstand ausrufen und gemeinsam mit der Wissenschaft einen verbindlichen Maßnahmenkatalog vorlegen. Das ist eine von 34 Forderungen, die die „Jugend im Landtag“ bei ihrem jährlichen Treffen Ende November formuliert hat.

Außerdem fordert „Jugend im Landtag“ kostenlose Busse und Bahnen für Schüler, Auszubildende, Studenten und Rentner. Es wird auch mehr Alltag im Klassenzimmer angeregt: Junge Menschen sollen lernen, wie man Miet- und Kaufverträge abschließt und eine Steuererklärung ausfüllt. Ein „Sozialpraktikum“, etwa im Pflegebereich, soll für alle Schüler Pflicht werden.

Mehr zu „Jugend im Landtag“ auf Seite 10

## 341 Beschwerden über Diskriminierung – im Beruf und in der Disco



Die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle, Samiah El Samadoni

Die Antidiskriminierungsstelle hat im Zeitraum 2017/18 in 341 Fällen Hilfe und Beratung geleistet – ein Plus von 16 Fällen gegenüber dem vorherigen Zweijahreszeitraum. Das gab die Leiterin Samiah El Samadoni Anfang Dezember bei der Vorstellung ihres aktuellen Tätigkeitsberichts bekannt. El Samadoni, die zugleich Bürger- und Polizeibeauftragte ist, arbeitet mit ihren 20 Mitarbeitern im Geschäftsbereich des Landtages.

Anlass der Beschwerden waren etwa Benachteiligungen im Arbeitsleben, beispielsweise zulasten von Frauen während der Schwangerschaft oder in der Elternzeit. Auch der Zugang zu Gaststätten und Veranstaltungen war ein Thema. Mehrfach wurde Menschen mit Behinderung wegen ihres Assistenzhundes der Zutritt zum Restaurant, zum Kino oder ins Museum verweigert. El Samadoni verwies zudem auf den Fall von zwei afghanischen Flüchtlingen, die 2017 keinen Zutritt zu einer Kieler Disco bekommen hätten, weil sie Ausländer seien.

Mehr zur Antidiskriminierungsstelle unter [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de), Stichwort „Beauftragte“.

## Kaliningrad: Partnerschaft „wieder mit Leben erfüllen“



Landtagspräsident Klaus Schlie (3. v. re.) und der Vorsitzende des Europaausschusses, Wolfgang Baasch (2. v. li.), mit Gästen aus dem Kaliningrader Parlament: Sergej Juspin (li.), Marina Orgejewa, Alexander Musewitsch (2. v. re.) und Pawel Lozman

Eine fünfköpfige Delegation der Kaliningrader Gebietsduma war Anfang Dezember in Schleswig-Holstein zu Gast. Anlass war der bevorstehende 20. Jahrestag des Partnerschaftsabkommens zwischen dem Landtag und der Kaliningrader Gebietsduma.

In einer gemeinsamen Sitzung des Europaausschusses mit den russischen Kollegen ging es um Tourismus und Jugendaustausch. So will Kaliningrad den Kreuzfahrttourismus mit dem Bau eines neuen Hafens ankurbeln. Auch eine Verbindung nach Kiel soll es geben, berichtete die Duma-Vorsitzende Marina Orgejewa. Mit der Einführung von elektronischen Visa soll die Einreise erleichtert werden. Alexander Musewitsch, verantwortlich für internationale Beziehungen, sprach von etwa 65.000 Besuchern, überwiegend aus Polen, Deutschland und dem Baltikum, die 2019 in die russische Region an der Ostsee gereist seien.

Die Idee, neue Städtepartnerschaften zwischen Schleswig-Holstein und Kaliningrad zu knüpfen, bezeichnete Landtagspräsident Klaus Schlie als „guten, konstruktiven Vorschlag“. Er regte an, den Jugendaustausch insbesondere mit Blick auf die Berufsschulen zu fördern und damit das Partnerschaftsabkommen „wieder mit Leben zu erfüllen“. In der Sitzung ging es auch um einen möglichen regelmäßigen Austausch von Abgeordneten des Landtages und der Gebietsduma.

## Digitalarchiv bietet jetzt Dokumente ab 1946

Das digitale Archiv des Landtages reicht nun bis 1946 zurück. Das Landtagsinformationssystem (LIS-SH) auf der Website des Landtages wurde in jahrelanger Arbeit um rund 9.000 Beratungsvorgänge erweitert. Damit stehen auch die Vorgänge vor 1983 mit allen dazu gehörenden Dokumenten zur Verfügung.

Das neue Angebot ist über [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de) zu erreichen. Unter der Überschrift „Parlament“ und der Rubrik „Dokumente“ gelangt man ins „Landtagsinformationssystem“. Dort lässt sich ein Suchbegriff, der gewünschte Zeitraum sowie, falls bekannt, die Drucksachennummer eingeben. Die entsprechenden Vorgänge werden dann übersichtlich und vollständig aufgelistet.

# Agrarpaket: „berechtigte Forderung“ oder „Ohrfeige“?

Die Landwirtschaft steht derzeit im Brennpunkt der politischen Diskussion. Der Bund will die Agrarpolitik umgestalten und pocht auf Umwelt- und Artenschutz. Die Bauern fühlen sich gegängelt und gehen auf die Straße. Umweltschützer fordern nachhaltiges Wirtschaften, und die Verbraucher wollen gesunde und gleichzeitig preiswerte Lebensmittel. Der Landtag debattierte das Thema Mitte November. Dabei traten Unterschiede zwischen den Jamaika-Koalitionspartnern zutage. Einigkeit herrschte aber in einem Punkt: Die Landwirte verdienen Wertschätzung für ihre Arbeit.

Ende Oktober hatten sich tausende Bauern zu einer Protestkundgebung in Rendsburg versammelt. Am Tag der Landtagsdebatte war Hamburg Schauplatz einer weiteren Großdemonstration, Anfang Dezember rollten tausende Trecker nach Berlin.

Hintergrund war das von Bundesagrарministerin Julia Klöckner (CDU) und Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) geschnürte Agrarpaket. Es sieht eine Umschichtung der Direktzahlungen an bäuerliche Betriebe vor. EU-Subventionen soll es nicht mehr nach Fläche, sondern für Nachhaltigkeit geben.

Weitere Punkte des Pakets: Das umstrittene Unkrautgift Glyphosat soll Ende 2023 verboten werden. Der Einsatz von Schädlingsgiften soll insgesamt eingeschränkt werden, das sieht ein „Aktionsprogramm Insektenschutz“ vor. Streitpunkte sind auch die Gülleverordnung, mit der das Grundwasser vor zu viel Nitrat geschützt werden soll, und das neue Tierwohl-Kennzeichen.

Ein „Weiter so“ dürfe es nicht geben, mahnte Landwirtschaftsminister Jan Philipp Albrecht (Grüne). Er rief die Landwirte auf, „sich für die Anliegen der Verbraucherinnen und Verbraucher und der Gesellschaft“ zu öffnen. Bauern, die sich für Tierwohl, Gewässerschutz und Klimaschutz einsetzen, müssten unterstützt werden.



Der „Anpassungsdruck“ sei deswegen so groß, weil die Politik die nötigen Veränderungen jahrelang „verpennt“ habe, klagte Bernd Voß (Grüne). Die „Ministerinnen und Minister, die meistens von der CDU/CSU gestellt wurden“ sowie die Bauernverbände seien stets „Reformverweigerer“ gewesen. Dies hole die Betriebe nun ein.



„Die Unterschiede zwischen Grün und Schwarz und Gelb sind groß“, stellte Kirsten Eickhoff-Weber (SPD) fest. Sie prangerte „das hemmungslose Wachstum der vergangenen Jahrzehnte, die Förderung von Hektar- statt Gemeinwohlleistung“ an. Die Folgen seien Umweltschäden, Preisverfall und Überangebot.



„Die Forderung nach Veränderung in der Landwirtschaft ist ganz einfach berechtigt“, befand Flemming Meyer (SSW): „Dünger- und Pestizideinsatz haben nachweislich negative Auswirkungen auf unsere Gewässer, auf Pflanzen, auf Tiere“. Er forderte „mehr Offenheit und Verständnis vonseiten der Landwirtschaft“.



Die „Bauernseele“ sei derzeit geprägt von Verunsicherung und Hilflosigkeit, erklärte Heiner Rickers (CDU). Es würden bereits zahlreiche Auflagen erfüllt, etwa bei der Gewässerpflege und beim Verzicht auf Antibiotika. Inzwischen würden keine tragenden Kühe mehr geschlachtet und keine Ferkel ohne Betäubung kastriert. Dies werde öffentlich aber „nicht lobend dargestellt“.



Oliver Kumbartzky (FDP) bezeichnete das Agrarpaket als „Ohrfeige für die unternehmerische Landwirtschaft“. Viele der Vorgaben würden den Bauern „übergestülpt“ und seien „nicht umsetzbar“. Es könne nicht angehen, „dass von oben in Berlin etwas beschlossen wird, ohne sich Gedanken zu machen, wie es in den Betrieben vor Ort ankommt“.



Die aktuelle Agrarpolitik stelle „den Menschen ins Abseits“ und überziehe den Arten- und Naturschutz „maßlos“, so Volker Schnurrbusch (AfD). Gehe es nach den Umweltschützern, dann wäre Schleswig-Holstein bald „eine Wildnis mit ein paar eingesprengten Naturschutzinseln“. Aber: „Ideologie macht den Menschen nicht satt.“



# „Pottkieker-Gesetz“ soll Transparenz schaffen

**Restaurants sollen offenlegen, wie sie bei der Behördenkontrolle abgeschnitten haben, etwa mit einem Aushang oder einer Ergänzung der Speisekarte. Aber: Die Kontrollergebnisse dürfen nicht im Internet landen. Das sind zwei Kernpunkte des „Pottkieker-Gesetzes“ der Landesregierung, das aktuell im Umwelt- und Agrarausschuss beraten wird.**

Anfang des Jahres haben die Verbraucherschutzorganisation „foodwatch“ und die Initiative „FragDenStaat“ die Online-Plattform „Topf Secret“ ins Leben gerufen. Dort können Ergebnisse von Hygienekontrollen

in Lokalen oder Bäckereien abgefragt und veröffentlicht werden. Dies könne aber eine „verfassungswidrige Pranger-Wirkung“ haben, befürchtet das Verbraucherschutzministerium.

Künftig sollen Interessierte die Kontrollberichte zwar wie bisher bei den Behörden einsehen dürfen – nur nicht veröffentlichen. Auch in Gastwirtschaften soll nur der Blick auf den Bericht möglich sein. Wer ihn mitnimmt, abfotografiert und veröffentlicht, dem drohen bis zu 1.000 Euro Buße. Gastwirte, die die Einsicht in die Papiere verweigern, müssen ebenfalls mit Geldstrafen rechnen.

Der Agrarausschuss hat Stellungnahmen eingeholt: Die Verbraucherzentrale begrüßt den Vorstoß grundsätzlich, fordert darüber hinaus aber „eine deutliche Kennzeichnung wie z.B. Smiley, Barometer oder Ampel im Eingangsbereich des Betriebes und im Internet“. Der Gaststättenverband DEHOGA lehnt das Gesetz hingegen ab: „Auch wenn das Abfotografieren bußgeldbewährt ist, würde es den einen oder anderen ‚Verbraucher‘ nicht davon abhalten, es dennoch zu tun.“

## Mahnung an die Schlachthöfe: Tierwohl achten, Arbeitnehmerrechte einhalten

**Auf Schleswig-Holsteins Schlachthöfen werden sowohl die Rechte der Mitarbeiter als auch der Tierschutz und die Hygiene oft vernachlässigt. Das ist das Fazit eines Regierungsberichts, den der Landtag im November debattiert hat. Aus der Opposition kam harsche Kritik an der Landesregierung.**

Es sei „unbestreitbar“, dass „Missstände weiterhin vorhanden sind“, räumte Finanzministerin Monika Heinold ein, die in Vertretung von Umweltminister Jan Philipp Albrecht (beide Grüne) sprach. So werden Mitarbeiter, die häufig aus Osteuropa kommen und kaum Deutsch sprechen, in Sammelunterkünften untergebracht, die „selten den allgemeinen Vorstellungen von

Wohnen“ entsprechen. Die Arbeitnehmer würden teilweise über mehrere Subunternehmen beschäftigt, „um Lohnkosten rigoros zu senken“. Außerdem gebe es Verstöße gegen Tierschutzbestimmungen, weil der nötige Sachkundenachweis für das Betäuben und Töten der Tiere häufig nicht vorliege.

Das Sozialministerium habe im Mai 2018 eine Informationskampagne für betroffene Arbeiter gestartet, berichtete Heinold – mit Broschüren in verschiedenen Sprachen. Zudem gibt es seit 2014 einen „Verhaltenskodex der Fleischwirtschaft“, den auch zahlreiche Betriebe im Lande unterzeichnet hätten. Der Regierungsbericht sei ein „Ausdruck von Macht- und Hilflosigkeit“, kritisierte Kirsten Eckhoff-Weber (SPD).

Es gebe kaum Unterstützung für „Menschen, die unter unwürdigen Bedingungen tätig sind“. Nachdem ein bundesweiter Marktführer 2017 in Schleswig-Holstein eingestiegen ist, steigt laut Medienberichten die Zahl der Schlachtungen. Die Anzahl der getöteten Schweine habe sich zwischen 2015 und 2018 verdreifacht (s. Tabelle). Das Schlachten vor Ort erspare den heimischen Tieren lange, stressige Transporte über die Autobahn, betonte Heiner Rickers (CDU). Er machte sich zudem für kleine Fleischerbetriebe stark: „Das Handwerk arbeitet zu ganz anderen Bedingungen und damit natürlich auch zu höheren Kosten.“ Das Thema wird in den Ausschüssen für Soziales, Agrar und Wirtschaft weiter beraten. Dort wird es eine schriftliche Anhörung geben.

### Jährliche Schlachtungen in Schleswig-Holstein

|           |                   |
|-----------|-------------------|
| 1.325.000 | Schweine          |
| 400.000   | Rinder            |
| 261.000   | Schafe und Ziegen |
| 121.000   | Enten und Gänse   |
| 100.000   | Puten             |
| 40.000    | Hühner            |
| 300       | Pferde            |

(Quelle: Landwirtschaftsministerium SH)



Halbe Schweine am Haken: Im Lande gibt es 250 fleischverarbeitende Betriebe, davon 110 Schlachtbetriebe.

# Neue Fangquoten: Harte Zeiten für Ostsee-Fischer

Die EU-Fischereiquoten für das kommende Jahr sind für Schleswig-Holsteins Ostseefischer ein Schlag ins Kontor. Ab Januar 2020 gelten drastische Kürzungen beim Fang von Dorsch und Hering. So sollen die bedrohten Bestände sich erholen. Der

Umwelt- und Agrarausschuss diskutierte Ende Oktober, wie die Politik der heimischen Fischereiwirtschaft unter die Arme greifen kann. Eine Möglichkeit: eine Abwrackprämie für Kutter.

Die Fischereiminister der EU haben Mitte Oktober in Luxemburg beschlossen, die erlaubte Fangmenge beim Hering in der westlichen Ostsee um 65 Prozent auf 895 Tonnen zu senken. Beim Dorsch beträgt das Minus 60 Prozent, es dürfen nur noch 1.738 Tonnen gefischt werden. Einige Betriebe stünden damit vor dem Aus, erklärt der Landesfischereiverband, denn Dorsch und Hering seien die Haupteinnahmequellen der Fischer an der Ostsee. Auch bei Scholle und Sprotte gibt es Einschnitte von 32 beziehungsweise 22 Prozent. Umweltschützern gehen die Pläne hingegen nicht weit genug. Sie fordern generelle Fangverbote, ansonsten drohe das Aussterben ganzer Fischarten.



96 Fischkutter sind derzeit an Schleswig-Holsteins Ostküste beheimatet. Einige könnten bald endgültig an die Leine gelegt werden.

Die Quotensenkung sei „an wissenschaftliche Erkenntnisse angelehnt“, betonte Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) im Ausschuss. Das Ministerium geht davon aus, dass die Fischbestände langfristig bedroht sind. Veränderte Umweltbedingungen und der Klimawandel hätten Auswirkungen auf die Fortpflanzung der Tiere. Entsprechend werden die Quoten wohl auf Jahre hinaus im Keller bleiben, so die Einschätzung. Für die Ostseefischer bringe dies eine „große Herausforderung“ mit sich, unterstrich der Minister. Es geht um 206 Haupterwerbs- und 252 Nebenerwerbsfischer im Lande, berichtete Martin Momme aus dem Umweltministerium. 96 größere Kutter und 276 kleinere Boote stechen aus schleswig-holsteinischen Ostseehäfen zum Fischfang in See. Anreize für einen

„Flottenabbau“ seien eine mögliche Antwort auf die neuen Quoten, so Momme. Vor allem die Zahl der größeren Kutter, die Schleppnetze auswerfen, müsse sinken.

## Fangflotte soll schrumpfen

Dabei gibt es allerdings noch einige Fragezeichen. Zum einen ist eine „Abwrackprämie“ derzeit laut EU-Recht nicht erlaubt. Brüssel müsse dies „kurzfristig“ ändern, so die Forderung. Zum anderen gibt es laut Minister Albrecht noch keine „Zielmarken“ für die Prämie – weder über deren Höhe noch über die Anzahl der Schiffe, die stillgelegt werden sollen. Albrecht will dies gemeinsam mit dem Nachbarland Mecklenburg-Vorpommern klären. Der Fischereiverband geht davon aus, dass die

schleswig-holsteinische Fangflotte, die derzeit insgesamt eine Tonnage von 6.000 BRZ (Bruttoraumzahl) umfasst, um 2.000 BRZ verkleinert werden sollte.

Von den Abgeordneten kam Unterstützung für die heimischen Fischer. „Es geht nicht nur um Arbeitsplätze, sondern auch um Kultur, um Tourismus, um ein Merkmal unseres Bundeslandes“, sagte Volker Schnurrbusch (AfD), der das Thema auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Klaus Jensen (CDU) kritisierte das „extreme Rauf und Runter“ bei den Fischereiquoten. Und Dennys Bornhöft (FDP) merkte an, nicht nur die Jobs an Bord seien bedroht, sondern auch Firmen an Land, etwa in den Bereichen Logistik und Weiterverarbeitung.

## Auch Hobby-Angler sind betroffen

Auch Freizeitfischer müssen sich einschränken: Sie dürfen nur noch fünf statt bislang sieben Dorsche pro Tag aus dem Wasser holen. Während der Schonzeit im Februar und März sollen es nur noch zwei pro Tag sein. Von der Begrenzung sind auch Angelkutter betroffen. Aktuell gebe es etwa elf bis 15 solcher Kutter im Lande, so Momme, Fachreferent für Fischerei im Ministerium. Für die Anbieter von Angelfahrten sei die Situation ebenfalls „sehr schwierig“, aber immerhin „nicht ganz so schlimm wie befürchtet“.



Aus heimischen Gewässern auf den Tisch: der Brathering. Jeder Deutsche isst pro Jahr 14 Kilo Fisch. EU-weit sind es 25 Kilo.



## Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Diesmal geht es um den Hunger in der Nachkriegszeit.

1948:

# Weniger Brot für Schleswig-Holsteins „Normalverbraucher“

„Meine Damen und Herren! In der Ernährung sind wir in eine besonders für Schleswig-Holstein kritische Lage geraten!“ So begann Landwirtschaftsminister Bruno Diekmann (SPD) seine Regierungserklärung vor dem Landtag am 4. Mai 1948. „In der Bereitstellung der wichtigsten Nahrungsmittel – Brot, Kartoffeln und Fleisch – sind erhebliche Schwierigkeiten eingetreten!“

Lebensmittel waren im Deutschland der Nachkriegszeit rationiert. Das hieß: Jeder Mensch erhielt Lebensmittelkarten, und die wurden beim Bäcker, Schlachter oder Gemüsehändler abgestempelt. Einem „Normalverbraucher“ standen Ende 1947 zum Beispiel zehn Kilo Brot zu – für eine Periode von 28 Tagen. „Schwerarbeiter“ und „Schwerstarbeiter“ bekamen Extra-Kalorien.

Doch dann kürzte der Frankfurter Wirtschaftsrat die Brotration für Schleswig-Holstein auf sieben Kilo. Der Wirtschaftsrat war die oberste Verwaltungsbehörde in der gemeinsamen Besatzungszone von Briten und Amerikanern, der sogenannten Bizone. Die Länder hatten bereits Mitspracherechte – der Wirtschaftsrat war eine Keimzelle der späteren Bundesrepublik. Das letzte Wort lag aber nach wie vor bei den Oberkommandierenden der Besatzungsmächte.

„Die Bevölkerung wird bestraft!“

Die Frankfurter Beamten hatten den Menschen im fernen Schleswig-Holstein die Brotmenge zusammengestrichen, weil sie dem Agrarland im Norden vorwarfen, zu wenig Lebensmittel in den ebenfalls hungernden Rest des Landes abzugeben. Zudem hatte die Landesregierung den Schleswig-Holsteinern gestattet, nicht nur einen, sondern sogar zwei Zentner Kartoffeln für den Winter einzukellern. Da falle eine Kürzung beim Brot kaum ins Gewicht, so die Auffassung der „Ernährungsverwaltung“. Im benachbarten Hamburg blieb es bei zehn Kilo.

Ministerpräsident Hermann Lüdemann (SPD) legte bei einer Sitzung in Frankfurt Protest ein: Lediglich 25 Prozent der Menschen im Norden seien „Selbstversorger“ – also eng mit der Landwirtschaft verbunden. Der Rest hingegen bestehe aus „Normalverbrauchern“, die von der Lebensmittelzuteilung abhängig seien. „Wenn die 25 Prozent der Selbstversorger angeblich ihre Pflicht in der Ablieferung nicht getan haben“, so Lüdemann, „dann ist es ungerecht, die übrigen 75 Prozent der Bevölkerung dafür zu bestrafen!“

Lüdemanns Landwirtschaftsminister Diekmann äußerte sich im Mai 1948 im Landtag ebenfalls empört. Schleswig-Holstein sei ein vorbildlicher Nahrungsmittellieferant für den Rest der Bizone, so der spätere Ministerpräsident. Die Bauern im Lande erfüllten 85 Prozent des Liefersolls. In Nordrhein-Westfalen seien es dagegen nur 70 Prozent, und „am Schluss der Reihe steht Bayern mit nur 68,6 Prozent“. Das Protokoll vermerkt an dieser Stelle hämische Zurufe. „Hört, hört!“, hallte es durch die Aula der Pädagogischen Hochschule in Kiel-Hassee, wo der Landtag in der Nachkriegszeit häufig tagte.

### Kein Dosenfleisch aus Bayern

Der Norden habe andere Gebiete mit durchgefüttert, betonte Diekmann, insbesondere mit Fleisch. So hätten Schleswig-Holsteins Bauern Ende 1947 im großen Stil ihre Rinder geschlachtet: „Im Herbst ist das Rindvieh im besten Futterzustand, und außerdem hätten die zur Verfügung stehenden Futtermittel kaum ausgereicht, um den gesamten Milchviehbestand durch den Winter zu bringen.“ Durch diese „Vorausschlachtungen“

seien „10.000 Tonnen Gefrier- und Dosenfleisch“ eingelagert worden. Und davon habe das Land 500 Tonnen nach NRW abgeben müssen. Im Gegenzug habe die Frankfurter Behörde den Verbrauchern zwischen Nord- und Ostsee zwar Dosenfleisch aus Bayern versprochen. Doch das sei nie angekommen, auch weil die Fleischration zwischenzeitlich in der gesamten Bizone von 400 auf 100 Gramm pro Monat abgespeckt wurde.

|  |                            |                           |                               |                               |                             |                           |                           |
|--|----------------------------|---------------------------|-------------------------------|-------------------------------|-----------------------------|---------------------------|---------------------------|
| L 11<br>Rth.-Westf.<br>406   | A 4<br>11 Jan.             | A 3<br>11 Jan.            | A 2<br>11 Jan.                | A 1<br>11 Jan.                |                             |                           |                           |
| L 11<br>Rth.-Westf.<br>407   | A 5<br>11 Jan.             | B 3<br>11 Jan.            | B 2<br>11 Jan.                | B 1<br>11 Jan.                |                             |                           |                           |
| L 11<br>Rth.-Westf.<br>408   | D*<br>11 Jan.              | B 4<br>11 Jan.            | T 2<br>11 Jan.                | T 1<br>11 Jan.                |                             |                           |                           |
| Bundesrepublik<br>Deutschland<br>LEA                                   | 100g<br>W-Brot<br>11 Jan.  | 100g<br>W-Brot<br>11 Jan. | C*<br>11 Jan.                 | 500g<br>W-Brot<br>11 Jan. 2   | 500g<br>W-Brot<br>11 Jan. 1 |                           |                           |
| Rth.-Westf.<br>E<br>134<br>Erwachsene<br>ab 16 Jahre<br>Januar<br>1950 | 100g<br>W-Brot<br>11 Jan.  | 100g<br>W-Brot<br>11 Jan. | 100g<br>W-Brot<br>11 Jan.     | 100g<br>W-Brot<br>11 Jan.     | 100g<br>W-Brot<br>11 Jan.   | 100g<br>W-Brot<br>11 Jan. | 100g<br>W-Brot<br>11 Jan. |
|  | FETT<br>11 Jan.<br>R       | Bu 6<br>11 Jan.           | Bu 6<br>11 Jan.               | 125g<br>Butter<br>11 Jan. 1   |                             |                           |                           |
|  | FETT<br>11 Jan.<br>S       | 250g Fett<br>11 Jan.<br>C | 250g Fett<br>11 Jan.<br>B     | 250g Fett<br>11 Jan.<br>A     |                             |                           |                           |
|  |                            | 3<br>11 Jan.<br>ZUCKER    | 500g<br>11 Jan. 2<br>ZUCKER   | 500g<br>11 Jan. 1<br>ZUCKER   |                             |                           |                           |
| Z 11<br>Rth.-Westf.<br>403   | Z 11<br>Rth.-Westf.<br>405 | Fleisch<br>7 11<br>Jan.   | Fleisch<br>6 11<br>Jan.       | Fleisch<br>5 11<br>Jan.       |                             |                           |                           |
| Z 11<br>Rth.-Westf.<br>402   | Z 11<br>Rth.-Westf.<br>404 | Fleisch<br>4 11<br>Jan.   | 125g<br>FLEISCH<br>11 Jan. 2b | 125g<br>FLEISCH<br>11 Jan. 2a |                             |                           |                           |
| Z 11<br>Rth.-Westf.<br>401   |                            | Fleisch<br>3 11<br>Jan.   | 125g<br>FLEISCH<br>11 Jan. 1b | 125g<br>FLEISCH<br>11 Jan. 1a |                             |                           |                           |

Eine Lebensmittelkarte aus der Nachkriegszeit. Für die Menschen bedeutete die Nahrungsmittelknappheit oft pure Not. Zum Beispiel hatte ein Erwachsener ab dem 20. Lebensjahr in Schleswig-Holstein in der Periode vom 27. April bis 25. Mai 1947 Anspruch auf 5.500 Gramm Brot, 600 Gramm Nahrungsmittel, 400 Gramm Fleisch, 555 Gramm Fisch, 137 Gramm Fett, 2.000 Gramm entrahmte Frischmilch und 500 Gramm Zucker. Daraus ergab sich nach Darstellung der damaligen Landesregierung ein Tagesverbrauch von 735 Kilokalorien.



CDU-Oppositionsführer Carl Schröter rief die Landwirte zur „Steigerung der eigenen Leistung“ auf und mahnte zugleich: Wenn die Nord-Bauern mehr aus ihren Äckern herausholten, dann müsse der Überschuss im Lande bleiben: Schleswig-Holstein müsse „diese Kalorien ohne Kürzungen erhalten“.

Welche dramatischen Auswirkungen die gekürzten Rationen für die Menschen hatten, wurde in der anschließenden Aussprache deutlich. Der SPD-Abgeordnete Hans Stade schilderte den Alltag der Arbeiter: „Hungrig und missmutig und verärgert gehen sie morgens aus dem Haus, und sie kommen abends hungrig und missmutig und verärgert wieder heim.“ Stade wies auf die „1,2 Millionen Flüchtlinge“ hin, die seit Kriegsende ins Land gekommen waren. Viele von ihnen lebten in Notunterkünften und hätten gar nicht den Platz, um den Extra-Zentner Kartoffeln bei sich einzulagern, so Stade. Hinzu kam: Ein großer Teil der Heimatvertriebenen konnte die Knollenfrüchte ohnehin nicht zubereiten, denn oft fehlten in ihren Behausungen die Kochstellen.

### Not der Alten, „Heldentum“ der Frauen

Genauso ergehe es auch anderen Bevölkerungsgruppen, ergänzte die Sozialdemokratin Elly Linden. Alte Menschen seien beispielsweise gar nicht in der Lage, „um die zwei Zentner Kartoffeln zu laufen“. Und Frauen kämpften oft „mit der letzten



CDU Oppositionsführer Carl Schröter (li.) im Gespräch mit dem SPD-Abgeordneten Heinrich Fischer (Mitte) und dem Fraktionschef der Sozialdemokraten, Andreas Gayk

körperlichen Kraft und mit den letzten seelischen Kräften“ für das Wohl ihrer Familien. Mit „stillem Heldentum“ bestünden sie „den Kampf um das tägliche Brot“.

Eine Hauptursache der Nahrungskrise wurde in der Landtagsdebatte nur angedeutet: der blühende Schwarzmarkt. Viele Lebensmittel landeten gar nicht im Laden, sondern wechselten unter der Hand den Besitzer – für amerikanische Zigaretten oder für Wertgegenstände. Der SPD-Parlamentarier Gerhard Tackmann nannte als einziger das Kind beim Namen. Es sei „heute nichts zu erhalten, wenn Sie nichts zum Kompensieren haben“, klagte er. Der Christdemokrat Schröter übte dezente Kritik an den Bauern

und wies auf das in Frankfurt beschlossene „Enthörungsgesetz“ hin. Es untersagte den Landwirten, Lebensmittel einzubehalten und meistbietend an den Mann zu bringen.

Das Problem des Schwarzmarktes gehörte bald der Vergangenheit an. Mit der Währungsreform vom 20. Juni 1948, sechs Wochen nach der Landtagsdebatte, begann das Zeitalter der D-Mark. Die Menschen vertrauten dem neuen Zahlungsmittel rasch mehr als den Zigaretten der Besatzer. Die Läden füllten sich mit Waren, und die Rationierung endete in Westdeutschland im Frühjahr 1950.

**Karsten Blaas**



Der Landtag kommt in der Pädagogischen Hochschule in Kiel-Hassee zusammen. In der ersten Reihe (v. li.): Ministerpräsident Hermann Lüdemann und Landwirtschaftsminister Bruno Diekmann von der damals allein regierenden SPD. Die Opposition bestand aus CDU und SSW. Bis das Parlament im Mai 1950 ins Landeshaus einzog, tagte der Landtag an sieben verschiedenen Orten in Kiel, Flensburg, Eckernförde und Lübeck.

Das Thema Ernährung spielte Ende November auch bei „Jugend im Landtag“ eine große Rolle. Die Jugendlichen formulierten ein ganzes Bündel an Forderungen. So sollen aussortierte aber noch genießbare Lebensmittel an gemeinnützige Organisationen gespendet werden. Auch das „Containern“, der bisher strafbare Griff in die Mülleimer der Supermärkte, soll erlaubt werden. Einwegverpackungen sollen stärker besteuert werden, und Supermärkte sollen eine „Kilo-Pauschale“ für den Abfall zahlen, der bei ihnen entsteht. Schulen sollen regionale Produkte in ihren Kantinen verwenden.

Am Rande der Debatte fragte die Landtagszeitschrift bei den 91 Teilnehmern nach, wie sie es persönlich beim Essen und Trinken halten. Eine Erkenntnis: Erdbeereis ist beliebter als Rollmops. Eine andere: Auch in Zeiten von Fast Food und Dosengerichten können Schleswig-Holsteins Jugendliche Kartoffeln schälen.



## Die große „Jugend-im-Landtag“-Ernährungsumfrage

Wie viele von euch sind Vegetarier?



Wie viele von euch leben auf einem Bauernhof?



Wie viele von euch mögen Erdbeereis?



Wie viele von euch mögen Rollmops?



Wie viele von euch haben eine Lebensmittelallergie?



Wie viele von euch können Kartoffeln schälen?



Wie viele von euch essen regelmäßig in einer Schulkantine?



Wie viele von euch heißen Koch, Fischer, Bauer, Meier oder Müller?





# Der Land-Tag in Leichter Sprache

Alle Menschen sollen verstehen, was im Land-Tag gesagt wird. Hier stehen Texte in Leichter Sprache.

Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen, Lesen und dem Verstehen.

Viele Menschen können auch nicht so gut Deutsch.

Die Macher von dieser Seite versuchen nach den Regeln für Leichte Sprache zu schreiben.

## Wo die Grenze durch Deutschland war ist heute das Grüne Band

Mitten durch Deutschland ging über lange Zeit eine Grenze. Sie trennte die Bundes-Republik im Westen von der DDR im Osten. Die DDR wollte verhindern dass die Menschen in den Westen reisen. Deswegen hat sie die Grenze befestigt. Mit Mauern, Wach-Türmen und Stachel-Draht.

Das Gebiet an der Grenze wurde Todes-Streifen genannt. Denn dort starben mehr als 300 Menschen. Soldaten aus der DDR haben die Menschen erschossen. Weil sie in die Bundesrepublik gehen wollten.

Im Jahr 1989 haben die Menschen in der DDR ihre Regierung abgesetzt. Auch weil sie nicht mehr hinter Mauern leben wollten. Seit dem Jahr 1990 sind die beiden deutschen Staaten wieder ein gemeinsames Land.

Wo früher der Todes-Streifen war ist heute grünes Land. Dort leben viele seltene Tiere und Pflanzen. Es gibt dort auch Wander-Wege. Das Gebiet heißt jetzt das Grüne Band. Es geht von der Ost-See bis nach Bayern und Sachsen.

Die Abgeordneten im Land-Tag finden: Das Grüne Band muss geschützt werden. Die Tiere und Pflanzen sollen dort weiter leben. Und: Es soll daran erinnert werden dass dort einmal der Todes-Streifen war.

Sandra Redmann ist Abgeordnete von der SPD. Sie sagt: Im alten Todes-Streifen blüht heute das Leben. Dort gibt es Moore, Heide, Wälder, Bäche und Störche. Sie findet: Die Bundes-Regierung in Berlin soll Geld geben für das Grüne Band. Es soll ein Natur-Denkmal werden.

Anette Röttger ist Abgeordnete von der CDU. Sie sagt: Das Grüne Band ist wichtig um etwas über die DDR zu lernen. Denn junge Menschen haben die DDR nicht mehr selbst erlebt. Besondere Orte wie das Grüne Band können ihnen helfen. Dort können sie verstehen wie es früher war.

Anette Röttger will aber nicht das ganze Grüne Band zum Natur-Denkmal machen. Denn dort leben auch Bauern. Und denen soll man ihr Land nicht weg nehmen, sagt sie.

Dennys Bornhöft ist Abgeordneter von der FDP. Er sagt: 327 Menschen sind an der Grenze gestorben. Deswegen sollen 327 Gedenk-Steine im Grünen Band stehen.



Das Grüne Band ist ungefähr 200 Meter breit und 1.400 Kilo-Meter lang. Davon liegen 137 Kilo-Meter in Schleswig-Holstein.



Dennys Bornhöft von der FDP



Sandra Redmann von der SPD



Anette Röttger von der CDU

# Einschulung am Sonnabend? – „Alles ist denkbar“

Schleswig-Holsteins ABC-Schützen kommen zurzeit üblicherweise an einem Mittwoch zur Schule – am dritten Tag eines neuen Schuljahres. Das könnte sich ändern. Der Bildungsausschuss überlegt, ob der erste Schultag auf einen Sonnabend verlegt werden sollte. Zunächst kommen Experten und Betroffene in einer schriftlichen Anhörung zu Wort.

Eine Mutter aus Uetersen (Kreis Pinneberg) hatte die Diskussion mit einem Brief an den Ausschuss angestoßen. Es sei der Wunsch vieler Eltern, aus der Einschulung ein Familienfest zu machen, so die Mutter. Das sei an einem Mittwochvormittag jedoch schwer möglich. Der SPD-Abgeordnete Martin Habersaat, der das Thema Ende

November auf die Tagesordnung gesetzt hatte, hielt den Wunsch für „nachvollziehbar“. Aber: „Man muss beide Seiten sehen.“ Denn für die Lehrer würde der Sprung auf den Sonnabend einen Extra-Arbeitstag am Wochenende bedeuten, so Habersaat im Bildungsausschuss.

Hinzu kommt: Welcher Sonnabend soll es sein? Eine Einschulung am letzten Sonnabend der Ferien würde die Erholungszeit der Lehrer verkürzen. Bei einer Einschulung am ersten Sonnabend nach den Ferien wiederum gingen zwei Unterrichtstage verloren – und das Kind müsste zu Hause betreut werden. „Da spielen die Eltern nicht mit“, gab Frank Brodehl (AfD) zu bedenken. Jette Waldinger-Thiering (SSW) wies darauf hin, dass auch Hausmeister und Reinigungskräfte am Wochenende zum Dienst antreten müssten. Für diese Überstunden müsse das Land den Beschäftigten etwas „anbieten“, forderte sie. „Es wird schwer sein, eine Lösung zu finden, die allen gefällt“, schlussfolgerte Tobias von der Heide (CDU).



Für 22.400 schleswig-holsteinische Kinder begann in diesem Sommer das Schulleben. Genauer gesagt: am 14. August, einem Mittwoch. Manche Eltern wünschen sich die Einschulung aber an einem Sonnabend.

Bildungsministerin Karin Prien (CDU) warf den Blick in andere Bundesländer. So sitzen die Kinder in Mecklenburg-Vorpommern traditionell am Sonnabend vor einem neuen Schuljahr zum ersten Mal auf der Schulbank. In Niedersachsen wiederum ist es der Sonnabend danach. Und in Rheinland-Pfalz gibt es gar keine landesweite Regelung. „Alles ist denkbar“, so die Ministerin.

## Die Friisk Stifting kommt

**Die Kulturarbeit der friesischen Volksgruppe wird künftig mit einer eigenen Stiftung unterstützt. Europa-, Bildungs- und Finanzausschuss machten im November den Weg dafür frei, der Landtag beschloss das entsprechende Gesetz Mitte Dezember einstimmig. Zum Jahreswechsel tritt es in Kraft.**

Dass die Friisk Stifting (Friesenstiftung) an den Start gehe, sei ein „Signal der langfristigen Absicherung“, so der CDU-Abgeordnete Hartmut Hamerich Ende November im Europaausschuss. Auch im Friesengremium des Landtages gab es Anfang November breites Lob. Dort kommen Vertreter von Politik, Verwaltung

und friesischen Einrichtungen zwei Mal im Jahr zusammen. Die Verhandlungen zwischen dem Land und den Friesen seien stets „auf Augenhöhe“ verlaufen, lobte Frank Nickelsen, Geschäftsführer des Friesenrats. Inken Vöpel-Krohn vom Förderverein für das Nordfriesische Institut sprach von einem „wichtigen Moment für alle Friesen“, und Landtagspräsident Klaus Schlie, Vorsitzender des Friesengremiums, betonte: „Wir sind alle froh über diese Entwicklung.“

Die Stiftungsidee wird bereits seit den 1990er Jahren diskutiert. Im September legte die Landesregierung einen Entwurf für den rechtlichen Rahmen vor. Ziel ist

es, Kunst und Kultur ebenso zu fördern wie die friesische Sprache, Volksbildung und Forschung, die Heimatpflege und das traditionelle Brauchtum. Das Stiftungsvermögen soll 1,5 Millionen Euro betragen. Seit 2014 werden jedes Jahr 300.000 Euro aus der Lotterieabgabe für diesen Zweck beiseitegelegt. Ein neunköpfiger Stiftungsrat soll über die Mittelvergabe entscheiden. Ihm gehören Vertreter des Landes, des Bundes sowie der friesischen Kulturinstitutionen an: des Friesenrats, des Nordfriesischen Vereins, der Friisk Foriining und des Nordfriisk Instituut. Den Vorsitz hat der Chef der Staatskanzlei, die Geschäftsstelle soll im Kieler Bildungsministerium angesiedelt werden.



## Neues Gesetz schützt Paketboten – aber auch der Zoll ist gefordert

**Viele Weihnachtsgeschenke werden online bestellt und kommen per Paket ins Haus. Die Paketbranche boomt, 500.000 Beschäftigte transportieren drei Milliarden Pakete pro Jahr. Die Zusteller leiden allerdings oft unter hohem Zeitdruck, schlechter Bezahlung und geringer sozialer Absicherung. Letzteres soll sich nun ändern.**

Anfang November haben Bundestag und Bundesrat die „Nachunternehmerhaftung“ für die Paketbranche per Gesetz festgeschrieben. Versandhändler haften künftig dafür, wenn Subunternehmer keine Sozialbeiträge bezahlen. Viele Paketboten sind bei solchen Subunternehmen angestellt. Im Landtag, wo das Thema bereits seit Mai diskutiert wird, ist die Gesetzesverschärfung umstritten. Einigkeit besteht darin, dass der Zoll die Einhaltung der Sozialstandards regelmäßig kontrollieren muss.

Das Wachstum der Branche entstehe „zu erheblichem Teil auf dem Rücken der Beschäftigten“, mahnte Wolfgang Baasch, dessen SPD-Fraktion die Debatte im Frühjahr angestoßen hatte. „Wer sich entscheidet, Arbeit auszulagern, muss für die Einhaltung von Gesetzen und guten

Arbeitsbedingungen verantwortlich bleiben“, heißt es in dem SPD-Antrag. Sozialminister Heiner Garg (FDP) sah hingegen keine „Regelungslücke“. Es gebe aber ein „massives Vollzugsdefizit“. Grund sei der „gravierende Personalmangel beim Zoll“, der für die Kontrolle der Betriebe zuständig ist. Auch die Jamaika-Fraktionen riefen dazu auf, „bestehendes Recht auszuschöpfen“.

Die Ausschüsse für Wirtschaft und Soziales haben Betroffene um Stellungnahmen gebeten. In dieser Anhörung kamen ebenfalls die unterschiedlichen Positionen zur Sprache.

„Die Durchsetzung und Kontrolle geltender Regeln erfordert hoheitliches Handeln, in diesem Fall der Zollbehörden“, unterstreicht der „Bundesverband Paket & Expresslogistik“ und prangert zudem die „pauschale mediale und politische Verurteilung der Branche“ an. Auch der Kurierdienst DPD betont: „Unternehmen können die wichtige Rolle der Aufsichtsbehörden nicht ersetzen.“ Demgegenüber bezeichnet der Deutsche Gewerkschaftsbund DGB die „Nachunternehmerhaftung“ als „großen Schritt“. Aber auch der DGB pocht darauf, dass „die Kontrollen deutlich zu verstärken sind“.



## Debatte über Pflegekammer und „Zwangsbeiträge“

**Die Vorbehalte gegen die Pflegeberufekammer haben Anfang November den Landtag erreicht. Der Sozialausschuss unterbrach seine Sitzung, um mit Kammergegnern zu diskutieren.**

Während der Sitzung waren mehrere hundert Pflegekräfte vor das Landeshaus gezogen, um ihren Unmut gegen eine „Zwangsmitgliedschaft“ in der Kammer zu äußern. Die Einrichtung sei zu bürokratisch und die Mitgliedschaft zu teuer, so die Vorwürfe. Abgeordneten aller Fraktionen stellten sich der Diskussion.

Auch im Ausschuss wurde debattiert. Während die SPD-Abgeordnete Birte Pauls die Kammer verteidigte und dazu aufrief, der Interessenvertretung eine Chance zu

geben, unterstrich Katja Rathje-Hoffmann (CDU) ihre skeptische Haltung: „Die Pflegeberufekammer tut gut daran, den Unmut der Mitglieder nun ernst zu nehmen und Wege zu finden, die Situation in der gebotenen Eile zu heilen“.

Im Haushalt 2020 hat Jamaika drei Millionen Euro verankert, damit die Kammer auf die Beiträge für 2019 verzichten kann. SPD und SSW hatten ebenfalls Landeszuschüsse gefordert. Anfang 2021 sollen die Mitglieder abstimmen, ob sie die Kammer behalten wollen.



Sozialpolitiker wie der Ausschussvorsitzende Werner Kalinka (vorne re.) diskutierten mit den Demonstranten vor dem Landeshaus.

# Zitate des Jahres 2019

## Kohlekraft, Klanxbüll, Kieler Woche, Kavallerie

„Erst wenn der letzte Verbrennungsmotor vom Band gelaufen, die letzte Fabrik geschlossen, der letzte Inlandsflug gelandet ist und der letzte Ingenieur das Land verlassen hat, werdet ihr merken, dass man Gendersternchen nicht essen kann.“

– Jörg Nobis, AfD, am 26. September in der Debatte über Energiepolitik

„So manches Schulkind, das sich die Füße in Klanxbüll festgefroren hatte, weil der Zug nicht kam, studiert mittlerweile schon.“

– Flemming Meyer, SSW, am 14. November in der Debatte über die Probleme auf der Marschbahn nach Sylt

„Es ist nicht so, dass wir aktuell keine finanzpolitischen Herausforderungen hätten. Wir haben das UKSH, wir haben die HSH, wir haben die KFA. Ich nehme nur einmal die Punkte, die auf ‚A‘ enden, phonetisch.“

– Lasse Petersdotter, Grüne, am 13. November in der Debatte über das Weihnachtsgeld für Beamte



Lasse Petersdotter (Grüne)

„Auch ein Gesetzentwurf muss mit Finanzen hinterlegt werden. Ich kann hier morgen einen Gesetzentwurf für Freibier auf der Kieler Woche machen. Trotzdem wird mir niemand sagen können, wie ich das im Finanzhaushalt darstellen kann.“

– Eka von Kalben, Grüne, am 21. Juni in der Debatte über eine Zusatzrente für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr

„Es war meine zweite Landtagsrede; auch darin ging es um das Thema CCS. Auch da schon war für uns klar: Wir wollen in Schleswig-Holstein diese Technologie nicht haben. Dass wir das beschlossen haben, ist genau zehn Jahre – und für mich persönlich fast genau zehn Kilo – her.“

– Oliver Kumbartzky (FDP), am 26. September

„Hohn und Spott auf mich? Gerne! Ich wachse damit wie unter Dünger!“

– Kirsten Eickhoff-Weber, SPD, am 29. August in der Debatte über Tiertransporte

„Sie wollen nicht wirklich, dass ich zur SPD komme!“

– FDP-Fraktionschef Christopher Vogt am 8. März zu Kai Dolgner, SPD, der ihn auffordert hatte: „Kommen Sie zu uns!“

„Man erinnert sich an alte Vorurteile, von denen man dachte, dass man sie schon abgebaut hätte; aber jetzt merkt man wieder, dass die Hamburger manchmal vielleicht doch nicht ganz so freundlich gegenüber ihrer Umwelt sind. Peer Steinbrück hätte an dieser Stelle wahrscheinlich gesagt: Da müssen wir mit der Kavallerie einmarschieren!“

– Lars Harms, SSW, am 30. August über die geplanten Preiserhöhungen im Hamburger Verkehrsverbund HVV

„Sie kennen das: Urlaub, auf dem Weg nach Dänemark im Auto. Hinten quengeln die Kinder. Vorn spielt Jürgen Drews im Radio, nebenan hantiert die Ehefrau am Navi, und Sie rollen langsam auf das Stauende zu. Das Letzte, was Sie jetzt brauchen, ist ein egoistischer Spinner, der Ihnen in der Rettungsgasse entgegenkommt.“

– Jörg Hansen, FDP, am 20. Juni in der Debatte über illegales Wenden auf der Autobahn

„Wenn man den Strom aus einem Kohlekraftwerk bezieht, um ein E-Auto zu fahren, dann steht nur der Auspuff woanders.“

– Wirtschaftsminister Bernd Buchholz, FDP, am 15. November in der Debatte über alternative Energien



Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP)

„Jetzt muss ich aufpassen, dass ich bei dem vielen Lob, das hier ausgeschüttet worden ist, am Rednerpult nicht ausrutsche.“

– Beate Raudies, SPD, am 25. September in der Debatte zum Landeshaushalt



Beate Raudies (SPD)



„Deshalb musste ich eben dazwischenrufen und konnte nicht gleichzeitig klatschen. Sie wissen, ich bin ein Mann, ich kann nicht zwei Dinge gleichzeitig.“

– Lars Harms, SSW, am 13. November



Lars Harms (SSW)

„Lieber Kai, ich habe mich sehr über euren Änderungsantrag gefreut. Wenn es nach mir allein ginge, könnten wir es auch so machen. Aber es geht nun mal nicht immer nur nach mir allein. Das ist in einer Demokratie nun einmal so.“

– Burkhard Peters, Grüne, am 6. März über einen Antrag des SPD-Abgeordneten Kai Dolgner zum Thema Waffenrecht

„Wir haben in dieser Plenartagung an anderer Stelle gehört, dass Bündnis 90/Die Grünen nicht die Partei sei, die Verbote in den Vordergrund stellen wolle. Das war überraschend und ein wenig neu für mich.“

– CDU-Fraktionschef Tobias Koch am 8. März in der Debatte über Frauenquoten im Wahlrecht



Tobias Koch (CDU)

„Also, da stellen wir fest: nicht nur die örtliche Postille lesen, sondern vielleicht auch mal eine überregionale Zeitung. Das bildet.“

– Wolfgang Baasch, SPD am 14. Februar in der Debatte über Altersarmut

„Die Bundesvorsitzenden von CDU und SPD sind Frauen. Wir haben seit 16, 17 Jahren eine Kanzlerin, eine Frau. Die hat euch ganz schön kleingekriegt!“

– Werner Kalinka, CDU, am 8. März in der Debatte über Frauenquoten im Wahlrecht an die Adresse der SPD

„Ich bin morgens noch nie aufgewacht und habe gedacht: Verdammt, dieser Debatte bin ich nicht gewachsen. Wäre ich bloß ein CDU-Mann, der nicht durch die Quote ins Parlament gekommen ist!“

– Aminata Touré, Grüne, am 8. März, in der Debatte über Frauenquoten im Wahlrecht

„Ach, Sie können mich mal, mit Verlaub gesagt, muss ich Ihnen ehrlich sagen: Sie können mich mal ausreden lassen.“

– Ralf Stegner, SPD, am 14. Februar nach Zwischenrufen aus der AfD-Fraktion

„Deutschland ist in der Welt für die German Autobahnen bekannt, für die Freiheit, mit einem Porsche mit 300 Sachen über die Autobahn zu rasen. Auch das ist ein wichtiges Stück Industrie- und Standortmarketing.“

– Jörg Nobis, AfD, am 15. Mai in der Debatte über ein Tempolimit auf der A7



Jörg Nobis (AfD)

„Es hat nämlich fast ein Jahr lang gedauert, bis das Umweltministerium schließlich gesagt hat: Mensch, wir müssen hier wohl doch das Waldgesetz ändern. Kleine Anekdote nebenbei: Sie haben den falschen Paragraphen geändert.“

– Serpil Midyatli, SPD, am 13. Februar in der Debatte über Naturkindergärten

„Meine Damen und Herren, der bocklose Kiffer, der sich das Hirn weggeraucht hat, ist doch Realität. Das wissen doch alle, die noch ein wenig Erinnerung an die eigene Jugendphase haben.“

– Claus Schaffer, AfD, am 15. Februar in der Debatte über eine Legalisierung von Cannabis

„Der Agrarpakt wird, wenn es so, wie es sich abzeichnet, umgesetzt wird, dazu führen, dass viele Betriebe aufgeben müssen. Dann gilt eben das Motto: Ist der Bauer ruiniert, wird dein Essen importiert.“

– Oliver Kumbartzky, FDP, am 14. November in der Debatte über die Demonstrationen von Bauern

„Von den 17 Finanzämtern im Land werden inzwischen acht von Frauen geführt. Das ist ausgesprochen gut. Bisher lag die Relation bei acht zu acht. Eine Stelle war frei, diese hat jetzt ein Mann gewonnen, der sich darauf beworben hatte. Das ist auch voll in Ordnung.“

– Finanzministerin Monika Heinold, Grüne, am 7. März in der Debatte über die Unternehmensbeteiligungen des Landes

„Wer überall das gleiche Passwort benutzt und dies seit Einstieg ins Netz am besten noch nie geändert hat, der handelt ungefähr so gewissenhaft wie ein unangeschnallter Falschfahrer auf der Autobahn. Es kann gutgehen. Die Wahrscheinlichkeit ist aber gering.“

– Lukas Kilian, CDU, am 24. Januar über den Schutz des eigenen Computers

# Flexibilität und „ständige Erreichbarkeit“

## Reform der Arbeitszeit bleibt umstritten

**Müssen die gesetzlichen Bestimmungen zur Arbeitszeit angepasst werden, um den Ansprüchen der Generation Smartphone zu entsprechen? Darüber entbrannte im November ein heftiger Schlagabtausch zwischen SPD und Jamaika.**

Die SPD pocht auf die bestehenden gesetzlichen Regelungen und ruft die Landesregierung auf, sich gegen eine Bundesratsinitiative aus Bayern zu positionieren. Die Staatsregierung aus CSU und Freien Wählern will erreichen, dass die Grenze für die tägliche Höchstarbeitszeit von derzeit zehn Stunden gelockert wird. Auch die Pflicht-Ruhezeit von elf Stunden, die zwischen zwei Arbeitstagen liegen müssen, will Bayern kürzen.

„Der Arbeitnehmerschutz soll gelockert werden“ – das stecke tatsächlich hinter der bayrischen Initiative, so Serpil Midyatli (SPD). Bereits jetzt werde von Arbeitnehmern „ständige Erreichbarkeit“ erwartet, und es gebe eine „überbordende Inanspruchnahme“. Die Antwort dürften nicht weniger, sondern mehr Arbeitnehmer-

rechte sein. Auch Flemming Meyer (SSW) forderte „Familienfreundlichkeit und nicht die Ausweitung von Arbeitszeiten“. Bayern habe einen „guten Vorschlag“ präsentiert, sagte dagegen Lukas Kilian (CDU). Das derzeit starre Recht müsse an digitalisierte Arbeitsprozesse und die Bedürfnisse junger Familien angepasst werden: „Es muss für Eltern möglich sein, auch in Etappen zu arbeiten.“

Zur „Lebensrealität moderner Menschen“, so Kay Richert (FDP), gehöre es, mittags die Arbeit für ein paar Stunden zu unterbrechen und dann abends noch eine geschäftliche E-Mail zu beantworten. Nach geltendem Recht könne dies aber gegen die Ruhezeitregel verstoßen, so Richert. „Die in früheren Generationen bestehende Trennung zwischen Arbeitszeit und Privatzeit besteht nicht mehr“, betonte Volker Schnurrbusch (AfD). Eine Flexibilisierung des Arbeitsrechts sei notwendig, gerade für kleine und mittelständische Unternehmen.

Joschka Knuth (Grüne) sprach sich ebenfalls dafür aus, das bestehende Gesetz zu überarbeiten. Er stellte aber klar: In der jetzigen Form sei der bayrische Vorstoß



Die Stechuhr: früher üblich, heute überholt?

„für uns als Jamaika“ nicht zustimmungsfähig. Sozialminister Heiner Garg (FDP) wies darauf hin, dass die Beratungen im Bundesrat erst am Anfang stünden. Schleswig-Holstein werde möglicherweise „Änderungsanträge oder eine eigene Initiative“ einbringen.

## Die Arbeitszeit im Lauf der Zeit

### Gesetzliche Vorgaben...

**1918:** Nach der Novemberrevolution einigt sich die neue SPD-geführte Reichsregierung im Stinnes-Legien-Abkommen mit der Arbeitgeberseite auf den Achtstundentag. Da der Sonnabend voller Arbeitstag ist, gilt in Deutschland die 48-Stunden-Woche. Damit geht eine alte Forderung der Arbeiterbewegung in Erfüllung. Während der Kaiserzeit war die Wochenarbeitszeit schrittweise von 72 auf 57 Stunden gesenkt worden.

**1923:** Der Achtstundentag wird wieder aufgeweicht. Bis zu zehn Stunden Arbeit pro Tag sind nun möglich.

**1943:** Während des Zweiten Weltkriegs will das NS-Regime die Produktion steigern und setzt die Wochenarbeitszeit auf bis zu 70 Stunden hoch.

**1950:** Die neu gegründete Bundesrepublik kehrt zur 48-Stunden-Woche zurück.

**1994:** Der Bundestag beschließt das heute gültige Arbeitszeitgesetz. In Paragraph 3 heißt es: „Die werktägliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer darf acht Stunden nicht überschreiten. Sie kann auf bis zu zehn Stunden nur verlängert werden, wenn innerhalb von sechs Kalendermonaten oder innerhalb von 24 Wochen im Durchschnitt acht Stunden werktäglich nicht überschritten werden.“

### ... und tarifliche Absprachen

**1956:** Unter dem Motto „Samstags gehört Vati mir!“ starten die Gewerkschaften eine Kampagne für die Fünf-Tage-Woche mit 40 Stunden Arbeit. Ab Mitte der 60er Jahre setzt sich der freie Sonnabend in Westdeutschland durch.

**1978:** Die IG Metall fordert die 35-Stunden-Woche – zunächst vergeblich. Die Arbeitszeit wird in den folgenden Jahren aber in vielen Branchen heruntergesetzt.

**Heute:** Arbeitsverträge ohne Tarifbindung, aber auch die Möglichkeiten des mobilen, digitalen Arbeitens haben Einfluss auf die Arbeitszeit. In einer Umfrage der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin aus dem Jahr 2015 geben 34 Prozent der Arbeitnehmer an, regelmäßig mehr als neun Stunden am Tag zu arbeiten.



## „Kraftakt“ für die Uni-Klinik

Das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) ist der einzige medizinische Maximalversorger im Lande und mit 14.000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber. Es ist aber auch ein Sorgenkind der Politik, denn das Großklinikum in Kiel und Lübeck schreibt rote Zahlen, und viele Gebäude sind sanierungsbedürftig. Eine Milliardenspritze des Landes soll das UKSH nun fit für die Zukunft machen.

Landesregierung sowie Vertreter von Jamaika, SPD und SSW haben sich Mitte November auf den „Zukunftspakt“ verständigt. Im Landtag gab es einhelliges Lob für diesen „Meilenstein“, der die Qualität von Pflege, Forschung und Lehre auf Jahre hinaus absichern soll.

Einige Kernpunkte: Das Land übernimmt Altschulden in Höhe von 340 Millionen Euro. Hinzu kommen Zusagen für Investitionsmittel von rund 400 Millionen Euro und weitere Investitionen von bis zu 300 Millionen. Unabhängig davon ist eine Aufstockung des jährlichen Investitionszuschusses von derzeit 23 Millionen Euro auf 50 Millionen bis 2028 vorgesehen. Und: Das Land verzichtet auf die vom UKSH zugesagten 40 Millionen Euro Beteiligung am Bau von Gebäuden für Forschung und Lehre. Schuldenfrei ist das UKSH damit aber nicht. Es bleiben rund 500 Millionen Euro Belastung durch die zahlreichen Neubauten.



Der Klinik-Eingang in Kiel: Das UKSH versorgt jedes Jahr rund 300.000 Patienten und ist nach der Berliner Charité das zweitgrößte Uni-Klinikum in Deutschland.

### Verlässlichkeit – „egal, wer regiert“

SPD-Fraktionschef Ralf Stegner sprach von einem „großen finanziellen Kraftakt“ und einem „Musterbeispiel für politische Verantwortung“. Seit sich die Uni-Kliniken Kiel und Lübeck im Jahr 2003 zum UKSH vereinigt haben, habe „ein geschlossenes Gesamtkonzept“ gefehlt, merkte der CDU-Fraktionsvorsitzende Tobias Koch an. Dieses „Versäumnis der Vergangenheit“ werde nun wettgemacht. Marret Bohn (Grüne) hob hervor, dass der Pakt gemeinsam von Koalition und Opposition erarbeitet worden sei. Dies sei ein klares Signal, dass die Zukunft des UKSH gesichert sei – „unabhängig davon, wer dieses Land regiert“. Christopher Vogt (FDP) sprach von einem guten Tag für die Steuerzahler, denn ihr Geld werde beim UKSH „in sehr sinnvolle Dinge investiert“. Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) wies darauf hin,

dass die umfangreichen Investitionszusagen auch deswegen möglich waren, weil bereits seit 2014 große Summen für das UKSH in die Finanzplanung eingebaut worden seien.

### Arbeitszeit nach schwedischem Muster

Für die Mitarbeiter in der Pflege soll in einer zweijährigen Pilotphase ein neues Arbeitszeitmodell getestet werden. So sollen Mitarbeiter nach schwedischem Vorbild im Wechsel drei Tage arbeiten und dann drei Tage frei haben können. Dies könne zum „Vorbild für andere Pflegebereiche“ werden, betonte Lars Harms (SSW). Auch Jörg Nobis (AfD) begrüßte den Pakt als „absolut richtige Weichenstellung“. Er warf SPD und Grünen „politische Engstirnigkeit“ vor, weil diese verhindert hätten, dass die AfD auch zu den Unterzeichnern des Papiers gehöre: „Wir hätten gern unterschrieben.“

## Klima-Check für alle Gesetze

**Künftig sollen alle Gesetze, Verordnungen sowie Vergabe- und Förderrichtlinien des Landes auf ihre Vereinbarkeit mit den Klimaschutzziele abgeklöpft werden. Das sieht ein Antrag der Jamaika-Fraktionen vor, dem im November auch SPD und SSW zustimmen.**

Ziel ist es, die CO<sub>2</sub>-Belastung zu reduzieren und die Vorgaben des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Es mache keinen Sinn, so Grünen-Fraktionschefin Eka von Kalben, Klimaschutzmaßnahmen zu

beschließen und „gleichzeitig über andere Gesetze und Verordnungen zu befinden, die dem schaden“. Das Grünen-geführte Umweltministerium werde den Klima-Check „sehr gut querschnittlich betreiben“.

Thomas Hölck (SPD) forderte vergeblich, in der Staatskanzlei eine Stabsstelle für Klimaschutz einzurichten. Dieses Thema müsse „Chefsache“ werden.

Einzig die AfD bestritt den menschengemachten Klimawandel und forderte, Deutschland solle die Förderung erneuerbarer Energien abschaffen und aus dem Pariser Klimaabkommen aussteigen.

## Munition im Meer: Die Bombe tickt

In Nord- und Ostsee schlummern gefährliche Altlasten: Tonnenweise Munition aus dem Zweiten Weltkrieg liegt am Meeresgrund. Der Landtag forderte im Dezember den Bund auf, die Minen und Bomben zügig zu bergen. Denn nach 70 Jahren im Meerwasser fängt das Metall an zu rosten. Es besteht die Gefahr, dass die Torpedos und Granaten bei kleinsten Berührungen explodieren. Die austretenden Schadstoffe gefährden zudem Umwelt und Tiere.

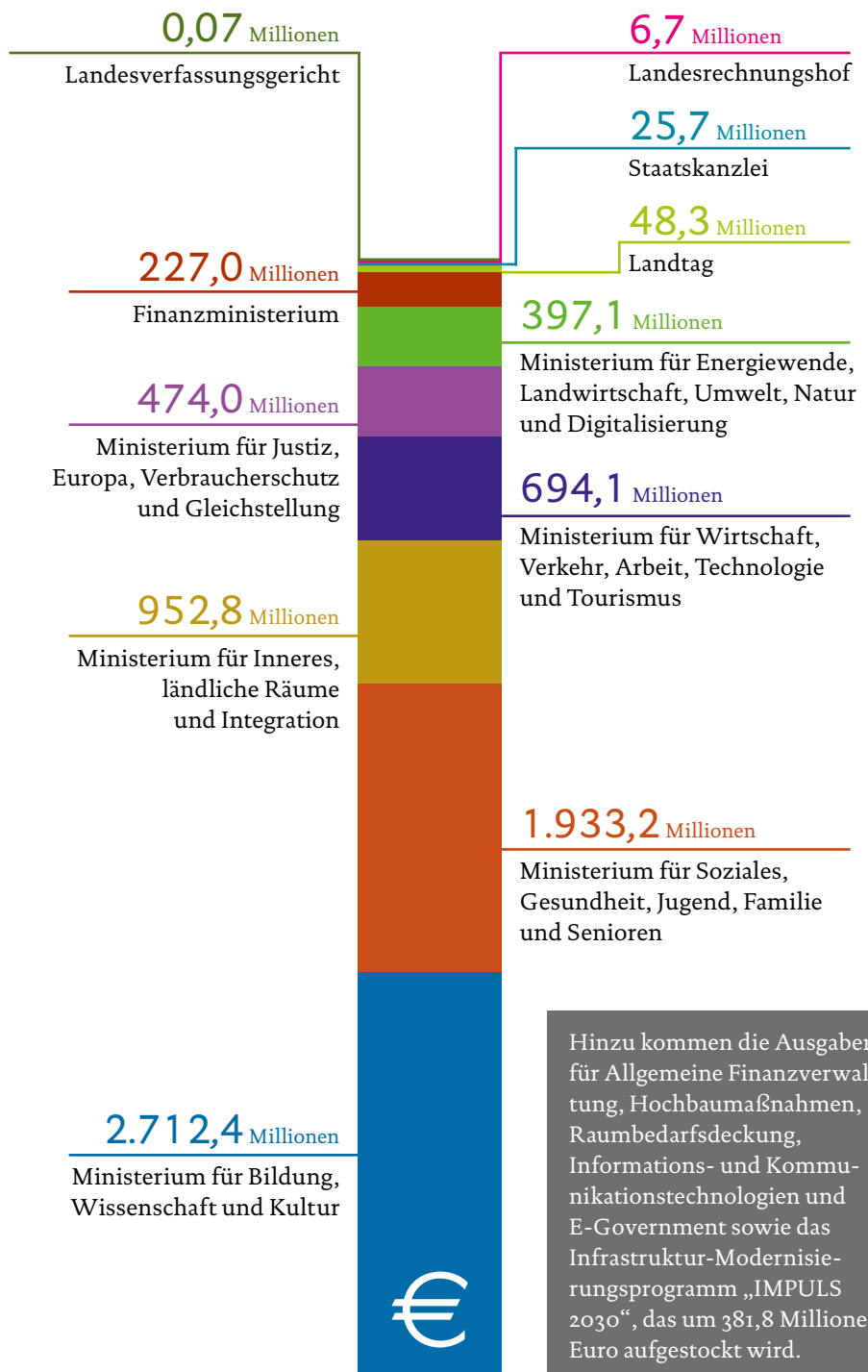
Nahe Schleswig-Holsteins Küsten liegen Schätzungen zufolge 1,6 Millionen Tonnen konventionelle Kampfmittel – davon 1,3 Millionen Tonnen in der Nordsee und 300.000 Tonnen in der Ostsee. Hinzu kommen 220.000 Tonnen chemische Waffen. Ein Großteil wurde in der Nachkriegszeit verklappt, als Beitrag zur Demilitarisierung.

Es verblieben noch 15 Jahre, bis der Rost die Metallhüllen zersetzt habe und das TNT ins Meer gelange, mahnte Dennys Bornhöft (FDP). Er warf dem Bund vor, sich „verantwortungslos“ zu verhalten, weil er bislang keine Räumung der Schadstoffe plane. Bornhöft regte an, ein „Exzellenz-Cluster Munitionsbeseitigung“ in Kiel einzurichten, um Lösungsansätze zu erarbeiten und auch, um hochwertige Arbeitsplätze ins Land zu holen. Sandra Redmann (SPD) forderte darüber hinaus, Sprengungen nur unter einem „Blasenschleier“ vorzunehmen, um die Meerestiere zu schonen. Zudem müssten Grenzwerte für die Schadstoffe in Fischen und Muscheln festgelegt werden. Denn die Situation sei auch ein „Problem für Verbraucher“, die Fische aus heimischen Gewässern verspeisen. Eine Gegenmaßnahme ist die Sprengung, aber auch das bereitet Probleme. Wie Ende November bekannt wurde, hat die Bundesmarine im August 42 Kriegsminen in einem Naturschutzgebiet im Fehmarnbelt gesprengt – und dabei wahrscheinlich 18 Schweinswale getötet. Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) forderte den Bund auf, die Bomben nicht zu sprengen, sondern per Roboter zu entschärfen. Zudem sei ein internationales Munitionskataster mit Risikobewertung nötig.

# Der Landeshaushalt 2020 ist unter Dach und Fach

Mit den Stimmen von Jamaika und SSW hat der Landtag Mitte Dezember den Landeshaushalt 2020 beschlossen. Er hat ein Volumen von 13,02 Milliarden Euro, 27 Millionen Euro alte Schulden sollen getilgt werden. Das Land hat eine Schuldenlast von 28,9 Milliarden Euro. Die Investitionsquote liegt bei 9,7 Prozent. CDU, Grüne und FDP betonten, dass der Etat auf soliden Füßen stehe und insbesondere bei Bildung, Infrastruktur, Digitalisierung und Klimaschutz Schwerpunkte setze. SPD, AfD und die fraktionslose Abgeordnete Doris von Sayn-Wittgenstein stimmten dagegen. Aus Sicht der Sozialdemokraten stecken in dem Haushalt zu viele faule Kompromisse zwischen den widersprüchlichen Interessen der Koalitionspartner. Die AfD forderte vergeblich einen stärkeren Schuldenabbau.

## Der Landeshaushalt 2020





## Meldungen für das Ehrenamt



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

**Haushalt 2020/Kommunaler Finanzausgleich:** In ihrem jahrelangen Finanzstreit haben sich das Land und die Kommunen im November angenähert. Das Land will seine Zuschüsse an Städte, Kreise und Gemeinden deutlich aufstocken. Eine erste Finanzspritze in Höhe von 30 Millionen Euro hat die Landesregierung über die sogenannte Nachschiebeliste bereits in den Haushalt für 2020 eingearbeitet. Eine grundsätzliche Einigung über die Neugestaltung des kommunalen Finanzausgleichs (KFA) steht nach Regierungsangaben kurz bevor.

Die 30 Millionen Euro dienen zum Teil als Ausgleich für die Kürzungen bei den Integrationsmitteln des Bundes. Das Programm „Ehrenamt und Flüchtlinge“ wird mit einer Million Euro fortgesetzt. Zur Stärkung des ÖPNV werden die Zuschüsse um fünf Millionen auf 33 Millionen Euro erhöht. Weitere 20 Millionen Euro stellt das Land den Kommunen für die Sozialhilfe zur Verfügung. Zudem gab es die Zusage, ab 2021 jährlich zunächst 50 Millionen, später bis zu 75 Millionen Euro zu zahlen. Offen ist noch, wie die Gemeinden, Kreise und Städte untereinander Mittel aufteilen.

Der KFA muss nach Urteilen des Landesverfassungsgerichts bis Ende 2020 neu geregelt werden. Die Kommunen müssen demnach finanziell so gestellt werden, dass sie ihre Pflichtaufgaben erfüllen und dazu noch freiwillige Leistungen erbringen können. Gutachter hatten Land und Kommunen im Blick auf ihre Aufgaben eine jeweils zu geringe Finanzausstattung attestiert.

Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) sprach von einer „substanziellen Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“. Das Ergebnis sei „fair, rechtssicher, nachhaltig, sozial und integrationsfreundlich“. Auch Vertreter der Jamaika-Fraktionen lobten die Einigung. „Das Ziel einer perfekten

Verteilungssymmetrie zwischen Land und Kommunen ist klar gesetzt und der Weg eingeschlagen“, so Lasse Petersdotter (Grüne). Ole-Christopher Plambeck (CDU) merkte an, es gehöre „zu unserem CDU-Selbstverständnis, fair und auf Augenhöhe mit den Kommunen umzugehen“. Und FDP-Fraktionschef Christopher Vogt unterstrich: „Wir dokumentieren damit unseren festen Willen, gemeinsam mit den Kommunen unser Land voranzubringen.“

Lars Harms (SSW) bewertete es als positiv, dass die Landesregierung die Kürzungen des Bundes bei den Integrationsmitteln nicht an die Kommunen weiterreiche: „Dass Jamaika diese Fehlentscheidung in letzter Minute zumindest teilweise korrigiert, begrüße ich sehr.“ Die SPD-Finanzpolitikerin Beate Raudies bezeichnete die Verständigung hingegen als „schlicht ambitionslos.“ Die Landesregierung habe die Chance verpasst, „mehr als nur das Pflichtprogramm vorzulegen“. Jörg Nobis (AfD) kritisierte die Haushaltspolitik der Koalition insgesamt. Diese führe zu einer Aushöhlung der Schuldenbremse und einer Belastung künftiger Generationen.

**Haushaltswirtschaft/Doppik:** Einem Gesetzentwurf der Landesregierung zufolge sollen bis zum Jahr 2024 alle Kommunen im Land auf die doppelte Buchführung bei ihrer Haushaltsführung umsteigen. Den Angaben zufolge haben alle großen Städte und Kreise sowie etwa 75 Prozent der hauptamtlichen kleineren Verwaltungen im Land bereits freiwillig auf diese Form des Rechnungswesens umgestellt. Der Landtag überwies den Gesetzentwurf im November zunächst an die Ausschüsse für Innen und Recht sowie Finanzen.

Zurzeit gibt es nach wie vor abweichende Rechnungssysteme in einigen Kommunen.

Dies führt zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand und unübersichtlichen Doppelstrukturen. Ein weiterer Nachteil von unterschiedlichen Buchführungen ist eine geringere Transparenz und Vergleichbarkeit sowie daraus entstehende Ungleichbehandlungen im Rahmen von Haushaltsgenehmigungsverfahren oder bei der Gewährung von Zuweisungen. Durch die Gesetzesänderung soll der mit dem Doppik-Einführungsgesetz aus dem Jahr 2006 initiierte Reformprozess des kommunalen Haushaltsrechts abgeschlossen werden.

Der Begriff Doppik ist eine Abkürzung für die doppelte Buchführung in Konten. Dabei werden alle Buchungen auf zwei Konten und jeweils im Soll- und im Haben-Bereich vorgenommen. Erfasst werden nicht nur finanzielle Werte und Ausgaben, sondern auch Schulden, Außenstände und Sachwerte. Auch in den meisten anderen Flächenländern werden laut Ministeriumsangaben sämtliche Kommunalhaushalte doppisch geführt.

**Gleichstellungsbeauftragte:** CDU, SPD, Grüne, FDP und SSW haben im Dezember gegen den Vorstoß der AfD-Fraktion gestimmt, die Gleichstellungsbeauftragten in Gemeinden, Ämtern und an Hochschulen abzuschaffen. Die AfD sieht in der bestehenden Pflicht, diesen Posten zu besetzen, einen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltungshoheit. Alle anderen Fraktionen lobten in der ersten Lesung im August hingegen die Arbeit der rund 75 hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten im Lande. Seit Anfang 2017 müssen Kommunen mit mehr als 15.000 Einwohnern ihre Gleichstellungsbeauftragten in Vollzeit beschäftigen. Das hatte die Vorgängerkoalition aus SPD, Grünen und SSW beschlossen – damals allerdings gegen CDU, FDP und Piraten.

**Serpil Midyatli**, SPD-Abgeordnete aus Gettorf (Kreis Rendsburg-Eckernförde) und Landesvorsitzende ihrer Partei, gehört seit Anfang Dezember dem SPD-Bundesvorstand an. Ein Parteitag in Berlin wählte sie zu einer von fünf stellvertretenden Parteivorsitzenden.

**Tobias Koch** bleibt CDU-Fraktionschef. Neben ihm bestätigte die Fraktion Ende Oktober die stellvertretenden Fraktionschefs **Peter Lehnert**, **Katja Rathje-Hoffmann** und **Tim Brockmann** sowie den Parlamentarischen Geschäftsführer **Hans-Jörn Arp**. Die Neuwahl des Fraktionsvorstandes erfolgte turnusgemäß zur Mitte der Wahlperiode.

**Eka von Kalben** ist weiterhin Vorsitzende der Grünen-Fraktion. Sie wurde Anfang Oktober ebenso im Amt bestätigt wie die Parlamentarische Geschäftsführerin **Marret Bohn**. Neuer stellvertretender Vorsitzender ist **Lasse Petersdotter**. Er übernimmt das Amt von **Bernd Voß**, der nicht noch einmal kandidierte.

**Christopher Vogt** wurde bei der Wahl der FDP-Fraktion Ende Oktober als Vorsitzender bestätigt. **Anita Klahn** bleibt stellvertretende Fraktionsvorsitzende und **Oliver Kumbartzky** Parlamentarischer Geschäftsführer.

**Jörg Nobis** bleibt Fraktionschef der AfD. Auch sein Stellvertreter **Claus Schaffer** und der Parlamentarische Geschäftsführer

**Volker Schnurrbusch** wurden Ende Oktober in ihren Ämtern bestätigt.

**Heiner Garg**, Sozialminister und langjähriger FDP-Landtagsabgeordneter, wurde Anfang November auf einem Parteitag in Büdelsdorf in seinem Amt als Landesvorsitzender der Liberalen bestätigt. Auch seine Stellvertreter bleiben im Amt: Wirtschaftsminister und Ex-Abgeordneter **Bernd Buchholz**, Landtagsfraktionschef **Christopher Vogt** und die stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Anita Klahn**. Schatzmeister der Landes-FDP ist weiterhin **Oliver Kumbartzky**.

**Robert Habeck**, ehemaliger Grünen-Fraktionschef und Landesumweltminister, wurde auf einem Parteitag in Bielefeld Mitte November in seinem Amt als Bundesvorsitzender der Grünen für zwei Jahre bestätigt.

**Wolfgang Kubicki**, langjähriger Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion und seit 2017 Vizepräsident des Bundestags, ist Ende September in Berlin mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden.

**Veronika Kolb**, FDP-Abgeordnete von 2002 bis 2005, ist Ende November mit der Freiherr-vom-Stein-Verdienstnadel für kommunalpolitisches Engagement ausgezeichnet worden. Auch **Joachim Wagner**, CDU-Abgeordneter von 2002 bis 2005, erhielt die Stein-Nadel.

**Tamara Zieschang**, ehemalige Staatssekretärin im schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministerium, wird Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.

**Andreas Otto**, Hörfunkjournalist von Radio Schleswig-Holstein (R.SH) bleibt Sprecher der Landespressekonferenz. **Ulf B. Christen** („Kieler Nachrichten“), **Julia Stein** und **Sylvia Aust** vom NDR-Fernsehen sowie **André Klohn** (Deutsche Presse-Agentur dpa) und **Niels Döring** (Sat.1) sind weiterhin seine Stellvertreter. Schatzmeister bleibt **Dieter Schulz** vom Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag (sh:z).

## Runde Geburtstage

**Kläre Vorreiter** aus Schönkirchen (Kreis Plön), von 1992 bis 2000 für die CDU im Landtag, hat am 10. Oktober ihren 85. Geburtstag gefeiert.

**Ingrid Olef** aus Trappenkamp (Kreis Segeberg), von 1992 bis 1996 für die SPD im Landtag, hat am 14. Oktober ihren 80. Geburtstag gefeiert.

**Berthold Sprenger** aus Heiligenhafen, von 1983 bis 1996 für die CDU im Landtag, hat am 2. November seinen 80. Geburtstag gefeiert.

**Björn Engholm** aus Lübeck, von 1983 bis 1994 für die SPD im Landtag, Ministerpräsident von 1988 bis 1993, Bundestagsabgeordneter von 1969 bis 1983 und Bundesbildungsminister von 1981 bis 1982, hat am 9. November seinen 80. Geburtstag gefeiert.



**Peter Gerckens** aus Schwabstedt (Kreis Nordfriesland), von 1996 bis 2000 für den SSW im Landtag, hat am 12. November seinen 75. Geburtstag gefeiert.

Herzlichen Glückwunsch!

## Nachruf

### Trauer um Prof. Walter Braun

Mit einer Schweigeminute hat der Landtag zu Beginn seiner Dezember-Sitzung des ehemaligen Abgeordneten und Ministers Prof. Walter Braun gedacht. Der Christdemokrat war am 22. November im Alter von 89 Jahren verstorben.

Braun stammte aus Baden-Württemberg und kam 1964 als Hochschullehrer nach Kiel. 1969 berief ihn Ministerpräsident Helmut Lemke als Kultusminister in sein Kabinett. Nach zehn Jahren im Amt betraute ihn Regierungschef Gerhard Stoltenberg 1979 mit dem Sozialministerium, das er bis 1983 führte. Dem Landtag gehörte Walter Braun von 1971 bis 1987 an, stets als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Neumünster-Nord.



Prof. Braun habe „die hohe fachliche Kompetenz des Wirtschaftswissenschaftlers und Hochschullehrers mit einer außergewöhnlichen menschlichen Wärme“ verbunden, so Landtagspräsident Klaus Schlie: „Er war ein unabhängiger, pragmatisch agierender Politiker, der gerade im Hochschulbereich Spuren hinterlassen hat, die sich bis heute als wertvoll erweisen.“



# Bürgerpreis für Sport- und Demokratieprojekte

„Sportlich. Menschlich. Bewegend.“ lautete das Motto des diesjährigen Bürgerpreises. Der Landtag und der Sparkassenverband würdigen damit jedes Jahr das ehrenamtliche Engagement. Mitte November wurden in Kiel die Gewinner in den Kategorien „U27“ und „Alltagshelden“ ausgezeichnet. Außerdem vergab der Landtag erneut den „Demokratiepreis“.

Gewinner bei „U27“ ist das Scheersbergfest. Für etwa 1.000 Kinder zwischen neun und 15 Jahren bietet die Veranstaltung sportlichen Wettkampf und das gemeinsame Leben in einem Zeltlager – und das bereits seit 85 Jahren. Die „Alltagshelden“ kommen vom Seglerverein Wakenitz aus Lübeck. Der Verein organisiert Segeltörns für Menschen mit körperlicher Einschränkung. Dafür wurden extra stabile Boote mithilfe von Spenden angeschafft.

Im vergangenen Jahr hat der Landtag den „Demokratiepreis“ eingeführt – für Personen oder Institutionen, die sich um das demokratische Gemeinwohl verdient machen. Diesmal gab es zwei Gewinner: „Model United Nations Schleswig-Holstein“ (MUNS-H) aus Laboe bei

Kiel und „PartizipAction!“ aus Bad Oldesloe. Nominierte und Preisträger konnten sich über Geldpreise und ein Filmporträt ihres Projekts freuen. Insgesamt wurden Sach- und Geldpreise von 32.500 Euro vergeben. Medienpartner war auch in diesem Jahr der NDR.



Die Gewinner des „Demokratiepreises“ mit Landtagspräsident Klaus Schlie (li.), dem Landesbeauftragten für politische Bildung, Christian Meyer-Heidemann (3. v. re.) und Reinhard Boll, Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Schleswig-Holstein (re.)

# „Amphibien“ – Schauspiel zwischen zwei Welten

Ein Theaterstück lässt im deutsch-dänischen Jubiläumsjahr 2020 die Spannungen im Grenzland vor 100 Jahren wiederaufleben. „Amphibien – ein deutsch-dänisches Abstimmungsschauspiel“ thematisiert die Atmosphäre im Jahr 1920, als der heutige Grenzverlauf in einer Volksabstimmung festgelegt wurde. Das Stück hat am 13. Februar im Landeshaus Premiere.

Das Deutsche Gymnasium Apenrade und die Europa-Universität Flensburg setzen das Schauspiel gemeinsam in Szene. Etwa 20 Nachwuchsschauspieler aus Nord-schleswig wirken mit. Technik, Kostüme und Bühnenbild stammen aus Flensburg. Das Stück basiert auf Uwe Pörksens Roman „Riß durchs Festland“ aus dem Jahr 2011 und greift zudem Briefe, Tagebucheinträge, Zeitungsartikel und Redeausschnitte auf. Die Charaktere agieren in der Vergangenheit unter den Bedingungen nationalstaatlicher Ideen und treffen dann in der Gegenwart erneut aufeinander. Im Titel wird das Bild des Amphibiums verwendet, denn diese Tiere können sowohl im Wasser als auch an Land leben. Ebenso wandeln viele Bewohner des Grenzlandes zwischen zwei Welten. Wer bei der Premiere im Landeshaus dabei sein möchte, wird gebeten, sich bis zum 30. Januar unter [regina.baltschun@landtag.ltsh.de](mailto:regina.baltschun@landtag.ltsh.de) anzumelden.

Anschließend geht das Stück auf Tournee nach Eckernförde, Schleswig, Flensburg und Apenrade. Der Eintritt ist kostenfrei. Die Vorstellungen beginnen jeweils um 19:00 Uhr.

## Feierjahr hat schon begonnen

Das deutsch-dänische Jahr läuft bereits seit Anfang November. In Kopenhagen weihte Königin Margrethe II. eine große Deutschland-Ausstellung im Nationalmuseum ein. Bundesaußenminister Heiko Maas reiste in die dänische Hauptstadt und gab gemeinsam mit seinem Amtskollegen Jeppe Kofod den offiziellen Startschuss. In Kiel schalteten Landtagspräsident Klaus Schlie und Ministerpräsident Daniel Günther eine Website frei, die den Veranstaltungskalender sowie Hintergrundinformationen bietet:

[www.gemeinsam-ueber-grenzen.de](http://www.gemeinsam-ueber-grenzen.de)



Ende Oktober stellten die Theatermacher ihr Werk bei einer öffentlichen Kostümprobe in Apenrade erstmals vor.

# „Wenn jemand mein Gehirn durchrühren will, dann sage ich: Es reicht!“

## Der Liedermacher Stephan Krawczyk im Gespräch

Stephan Krawczyk war einer der führenden Köpfe des Widerstands gegen das DDR-Regime in den 1980er Jahren. Der Liedermacher und Dichter wurde mit einem Auftrittsverbot belegt, im Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen inhaftiert und 1988 zur Ausreise in die Bundesrepublik gedrängt. Heute lebt der 64-Jährige in Berlin-Neukölln. Ende Oktober war Stephan Krawczyk im Landtag zu Gast und präsentierte vor rund 200 Gästen eine Konzertlesung unter dem Titel „Wieder stehen – Rettung kommt von Ohnmacht nicht“. Vor seinem Auftritt traf er sich mit der Landtagszeitschrift zu einem Gespräch über die DDR und das vereinigte Deutschland im 30. Jahr nach dem Mauerfall.

**Herr Krawczyk, aktuell wird wieder einmal diskutiert, ob die DDR ein „Unrechtsstaat“ war. Die Ministerpräsidenten Bodo Ramelow (Linke) und Manuela Schwesig (SPD) halten diesen Begriff für nicht angemessen. Wie sehen Sie das?**

„Es wird wohl immer wieder Bestrebungen geben, das Unrecht, das in diesem Land passiert ist, zu relativieren, damit der Sozialismus in Zukunft wieder seine

Chancen kriegt. Und das ist nicht redlich. Es gibt Hunderttausende, denen von diesem Staat Unrecht zugefügt wurde. Sich im Nachhinein über diese Opfer hinwegzusetzen und deren Leid als rechtens darzustellen, ist für meine Begriffe eine ziemliche Unverschämtheit.“

**Worum es bei dieser Debatte auch geht, ist ja, dass viele DDR-Bürger nicht nur die Unfreiheit und die schlechte Versorgungslage mit der DDR verbinden, sondern durchaus auch positive Erinnerungen im persönlichen Bereich.**

„Natürlich bin ich auch dafür, dass die Lebensleistung des einzelnen, dass die schönen Seiten und die Lebensfreude der Menschen gewürdigt werden. Aber wenn es darum geht, einen Begriff für diesen Staat zu finden, dann sollte man heutzutage nicht mehr darüber diskutieren. Das sind zwei verschiedene Ebenen. Auf der einen Seite gab es das Leben der Menschen mit ihrer Seele, ihrem Herzen, ihrem Verstand. Aber die andere Seite ist eben der Unrechtsstaat, der mit seinen Mitteln, seinen Methoden und seinen Organen dafür gesorgt hat, dass den Menschen in vielen Fällen das Leben so schwer wie möglich gemacht wurde. Das habe ich ja am eigenen Leib erfahren.“

**Neben all dem Negativen: Was war Ihr schönstes DDR-Erlebnis?**

„Eine Fülle von schönen Erlebnissen habe ich in diesem Land gehabt. Meine Eltern waren einfache Leute, Kriegsflüchtlinge. Mein Vater war Bergmann, und meine Mutter war Briefträgerin, eine herzensgute Frau. Sie hat zu Hause für die Wärme gesorgt, die ein Kind braucht. Mein drei Jahre älterer Bruder und ich sind behütet groß geworden, aber wir sind auch in Ruhe gelassen worden und haben uns selbst erzogen, wie es eigentlich jedes Kind machen sollte - durch die Bewegung in der Natur, im nahen Wald, durchs Schwimmenlernen in der Aumatal Sperre. Diese Freiheit, die ein Kind braucht, um sich entwickeln zu können, war da. Mit 15 Jahren habe ich dann angefangen, Gitarre zu spielen. Klanglich sich selber auszudrücken, beschert glückliche Momente. Als Musiker hatte ich viele schöne Erlebnisse, etwa den Nationalen Chanson-Wettbewerb 1981, wo ich den Preis des Kulturministers, also den Hauptpreis, gewonnen habe. Es gab viele erfüllte Momente auf der Bühne und im Gespräch mit den Leuten.“

**Sie kritisieren, dass ehemalige Vertreter des DDR-Regimes heute immer noch Einfluss haben ...**

„Ich habe am 11. November 1989 einen Text geschrieben, den ich letztens wieder gesungen habe, und anschließend rief ein Mann an und sagte: Das ist ja prophetisch gewesen. In dem Text heißt es: ‚Das ist nie gewesen, das war niemals wahr / Nein, wir waren im Leben niemals in Gefahr / Aus den offenen Wunden fließt jetzt roter Wein / nur, die schon verblutet, können nicht verzeih’n / Könn’sich nicht besaufen an Vergesslichkeit / weil sie sich verletzten vor der rechten Zeit / Konnten halt nicht warten, ach du, das ist dumm: / Was uns heut gesund macht, bracht uns gestern um.‘ Wenn man im Fernsehen eine Show sieht, wo Katarina Witt im FDJ-Hemd auftritt, wenn ehemalige Genossen darüber entscheiden, wer im Sender zu Wort kommen darf, dann merkt man: Diejenigen, die an der Macht waren, ziehen sich nicht einfach so aus gutem Willen zurück.“



Stephan Krawczyk, 1955 in Weida/Thüringen geboren, machte in der DDR als Gitarrist und Sänger Karriere, bis er 1985 aus der SED austrat. Gemeinsam mit seiner damaligen Frau, der Regisseurin Freya Klier, setzte er sich für Meinungsfreiheit und Menschenrechte ein. Er wurde bespitzelt, inhaftiert, abgeschoben und entkam nach eigenen Angaben nur knapp einem Mordanschlag der Stasi. Seit der Wiedervereinigung hat er rund ein Dutzend CDs eingespielt und ebenso viele Bücher mit Prosa und Lyrik veröffentlicht. Anfang Oktober erhielt er das Bundesverdienstkreuz am Bande.



### Ost- und Westdeutsche ticken auch 30 Jahre nach dem Mauerfall immer noch unterschiedlich, das zeigen beispielsweise die Wahlergebnisse. Hätten Sie 1989/90 gedacht, dass die Unterschiede so lange andauern würden?

„Die Begriffe ‚Ossi‘ und ‚Wessi‘ kamen ziemlich schnell nach dem Mauerfall auf, sie wurden von den Medien aufgegriffen und verbreitet. Damit fing die Polarisierung an. Die Medien haben mit ihrem ständigen Drang zu polarisieren die Spannungen verschärft und dazu beigetragen, die Gesellschaft zu spalten. Für meine Begriffe ist es kein Wunder, dass dieser Vereinigungsprozess so schleppend vorangeht. Die Vorurteile, die bestehen, werden millionenfach reproduziert.“

### Sie meine also, unter der Oberfläche bestehen viel mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede?

„Aber natürlich. Ich treffe laufend Menschen, die gute Erfahrungen gemacht haben. Der eine kommt aus Ostdeutschland und sagt: Ich habe nur Freunde aus dem Westen, das sind alles richtige Kumpels. Und der andere kommt aus dem Westen und sagt: Ich bin am liebsten im Osten, da sind die Leute so offen. Aber die guten Erfahrungen werden komischerweise nicht so reproduziert wie die Polarisierungen.“

### Und wo sehen Sie Unterschiede zwischen Ost und West?

„Dass die Menschen im Osten sich zum Beispiel in die Klima-Debatte nicht so reinhängen, wie es im Westen der Fall ist, mag daran liegen, dass sie eine Art Manipulation riechen. Die Leute im Osten sind sensibler

für Ideologien. Damit haben sie jahrzehntelang Erfahrung. Und ich rieche das eben auch meilenweit gegen den Wind, wenn irgendjemand mein Gehirn durchrühren will, damit ich anders denke. Und das passiert heutzutage so häufig, dass ich sagen möchte: Es reicht.“

### Im vergangenen Sommer gab es fremdenfeindliche Ausschreitungen in Chemnitz, vor ein paar Wochen gab es den versuchten Amoklauf in einer Synagoge in Halle. Wie kommt es zu rechtsextremem Gedankengut und rechtsextremem Gewalt in einem Teil des Landes, wo doch jahrzehntelang der Antifaschismus staatliches Dogma war?

„Zu Halle: Ja, es ist in Halle passiert. Aber es hätte genauso in Kassel oder wo auch immer passieren können. Ich glaube nicht, dass der Geisteszustand des Täters von Halle nur im Osten zu finden ist. Zu Chemnitz: Was gab es für ein Interesse daran, noch nachdem der sächsische Ministerpräsident bestätigt hat, dass es in Chemnitz keine Hetzjagden gegeben habe, von Regierungsseite weiter zu behaupten, es habe Hetzjagden gegeben? In wessen Interesse ist es, den Osten permanent als rechtsextrem abzustempeln? Der Osten ist nicht rechtsextrem. Wer das Gegenteil behauptet, polarisiert, manipuliert, was mich natürlich irgendwie an die DDR erinnert.“

### Aber Sie wollen doch nicht bestreiten, dass in Chemnitz Tausende von Leuten sehr aggressiv und fremdenfeindlich aufgetreten sind?

„Es war ein Mord geschehen. Die Empörung der Leute hatte eine Ursache. Dennoch gab es keine Hetzjagden.“

### Ich hänge nicht an dem Begriff „Hetzjagden“. Sagen wir: Aggressives Auftreten, Zeigen von rechtsextremen Symbolen.

„Gibt es das nicht auch im Westen? Nur wird da nicht so genau hingeschaut. Wenn ich mir die Gewalttaten im Hambacher Forst angucke oder in Hamburg beim G20-Gipfel – das waren keine Rechtsradikalen, sondern Linksradikale, die bürgerkriegsähnliche Zustände provoziert haben. Doch das wurde nur kurz an die große Glocke gehängt. Dann hat der Hamburger Senat seine schützende Hand drüber gehalten. Es wird also mit unterschiedlichem Maß gemessen.“

### Wo würden Sie sich denn politisch einordnen?

„Ich vertrete die Ansichten der Mitte. Ich bin der Meinung, dass die Gesellschaft mit einer Haltung, die sich in der Mitte verortet, am besten gedeihen kann. Ich verurteile die rechtsextremen und die links-extremen Taten. Menschen, die extrem in ihren Ansichten sind und womöglich auch noch Gewalt anwenden, werde ich niemals verteidigen. Ich missbillige aber auch das Ungleichgewicht in der Berichterstattung.“

### Wie spiegelt sich das in Ihrer Kunst wider?

„Beispielsweise in einem meiner Schulprogramme: ‚Mensch Nazi‘. Dort zeichne ich den Lebensweg eines Jugendlichen nach, der Neonazi wird und dem es dann gelingt, sich davon zu befreien. Das Publikum sind Schüler von der 9. bis zur 13. Klasse, und die sind dankbar, dass sie mal etwas Differenziertes über die Denkmuster dieser Leute erfahren, weil sie in der Öffentlichkeit zu dem Thema nur Parolen hören. Es wird sich nicht mit den Menschen auseinandergesetzt. Manche Lehrer sagen: Wie können Sie die Wörter ‚Mensch‘ und ‚Nazi‘ in ein und demselben Titel bringen? Dann sage ich: Der Nazi ist nun mal kein Regenwurm, das ist schon ein Mensch. Wir sollten versuchen zu begreifen, warum die Leute so ticken.“

**Interview: Karsten Blaas**

Rund 200 Gäste erlebten die Konzertlesung mit Stephan Krawczyk, der Texte und Lieder aus der Vorwendezeit und von heute vortrug.





**Wie wirken sich die Beschlüsse des Landtages konkret aus?  
In dieser Serie zeigen wir Beispiele.**

## Semesterticket ist da

Eine breite Mehrheit des Landtages hatte sich im April 2018 für die Einführung eines in Schleswig-Holstein und Hamburg gültigen Semestertickets für Studenten stark gemacht. Zu Beginn des Wintersemesters 2019/20 ist das Ticket an den meisten Hochschulen des Landes an den Start gegangen.

Studenten können nun den gesamten ÖPNV in Schleswig-Holstein und Hamburg nutzen. Bis zu drei Kinder können mitgenommen werden. Die landesweite Mobilität kostet 124 Euro, die zuzüglich zu den Semestergebühren anfallen. Bis zum Wintersemester 2021/22 sollen die Kosten auf 148 Euro steigen.



Die Kieler Christian-Albrechts-Universität, die Fachhochschule Kiel, die Muthesius Kunsthochschule Kiel, die Universität Lübeck, die Technische Hochschule Lübeck, die Musikhochschule Lübeck, die Hochschule Flensburg und die Europa-Universität Flensburg machen beim Semesterticket mit. Dort stimmte die erforderliche Mehrheit im Studentenparlament dafür. Wegen der Mehrbelastung für den studentischen Geldbeutel hat sich die FH Westküste in Heide gegen die Einführung entschieden.

Das Land subventioniert das Semesterticket mit einer Anschubfinanzierung von neun Millionen Euro.

## Verbot für „Homo-sexuellen-Therapie“

Der Landtag war sich im März 2019 weitgehend einig: Homosexuelle sind nicht krank und müssen nicht geheilt werden. Mit deutlicher Mehrheit beschlossen die Abgeordneten daher, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene für ein Verbot der sogenannten Homo-Heilung einsetzen soll. Solche sogenannten Konversions- oder Reputationsverfahren seien „widerlich und menschenverachtend“, hieß es in der Debatte, und es sei inakzeptabel, „dass diese Pseudo-Therapien auch noch über Krankenkassen abgerechnet werden können“. Nur die AfD stimmte dagegen: Die Bürger seien mündig genug, für sich selbst zu entscheiden.



Im Mai hatte auch der Bundesrat mehrheitlich ein Verbot der umstrittenen Behandlungen gefordert. Anfang November hat Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) nun laut Medienberichten einen konkreten Vorstoß vorgelegt. Die Therapien sollen bei Unter-18-Jährigen generell untersagt werden. Bei Erwachsenen wären die Behandlungen weiter grundsätzlich zulässig. Dies gelte aber nicht, wenn Personen bei der Entscheidung, sich behandeln zu lassen, getäuscht, bedrängt oder bedroht werden. Spahn plant demnach auch, das Bewerben, Anbieten und Vermitteln solcher Behandlungen zu verbieten. Verstöße gegen das neue Gesetz sollen mit einer Freiheitsstrafe

von bis zu einem Jahr oder hohen Bußgeldern geahndet werden.

Die Magnus-Hirschfeld-Stiftung geht von rund 1.000 Fällen pro Jahr in Deutschland aus, in denen versucht wird, homosexuelle Menschen umzuerziehen. Das reiche vom Druck im familiären Umfeld über Sitzungen bei Coaches und Therapeuten bis hin zu Gebeten und Exorzismus. Mögliche Folgen für die Betroffenen seien Depression und Suizid, ebenso wie Diskriminierung und Stigmatisierung.

## Harte Strafen für Upskirting

Wer mit dem Handy oder mit Spionage-Kameras heimlich unter den Rock einer Frau fotografiert, soll dafür künftig leichter bestraft werden können. Diesen Jamaika-Antrag verabschiedete der Landtag im Juni 2019 einstimmig, verbunden mit der Bitte an die Landesregierung, sich beim Bund für eine Gesetzesverschärfung einzusetzen. Allein in Nordrhein-Westfalen seien 2018 insgesamt 2.000 solcher Fälle registriert worden, hieß es in der Debatte. Die Würde



der Frau werde dabei „mit Füßen getreten“. Bisher gilt das sogenannte Upskirting meist als Ordnungswidrigkeit. Die Aufnahmen werden in der Regel nur dann als Straftat geahndet, wenn der Täter das Opfer berührt oder zusätzlich beleidigt und erniedrigt. Wer Fotos veröffentlicht, die dem Ansehen der abgebildeten Person erheblich schaden können, kann bereits heute mit Geldstrafen oder bis zu zwei Jahren Gefängnis bestraft werden. Im September haben insgesamt sieben Länder im Bundesrat Anträge für härtere Gesetze eingebracht. Auch Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) hat angekündigt, das Upskirting per Gesetz unter Strafe stellen zu wollen.





## Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landeshauses herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiter der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können.

Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111.

Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de), „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.



**Köpping, Petra: „Integriert doch erst mal uns!“ Eine Streitschrift für den Osten. 4. Auflage. Berlin: Christoph Links Verlag 2018. 204 S.**

Die sächsische Integrationsministerin Petra Köpping ist eigentlich für Neuankömmlinge zuständig. Als sie ihr Amt antrat, bemerkte sie jedoch, dass sich die eigene Bevölkerung nicht integriert fühlt. Welche Brüche die Wende und die Wiedervereinigung brachten, welche Demütigungen und Kränkungen bleiben, auch bei denen, denen es wirtschaftlich gut geht – das erfuhr sie in zahlreichen Gesprächen. Köpping wirbt für einen neuen Blick auf Ostdeutschland und unterbreitet Vorschläge für ein besseres Verhältnis zwischen Ost und West.



**Otto, Friederike: Wütendes Wetter. Auf der Suche nach den Schuldigen für Hitzewellen, Hochwasser und Stürme. Unter Mitarbeit von Benjamin von Brackel. 2. Auflage. Berlin: Ullstein 2019. 237 S.**

Sind Extremwetter wie Wirbelstürme und Hitzewellen Ausnahmereischeinungen oder Folgen des Klimawandels? Die in Kiel geborene Physikerin und Klimaforscherin Friederike Otto, die an der Universität Oxford das Environmental Change Institute leitet, hat eine Methode entwickelt, mit der sie den Einfluss des Klimawandels auf das Wetter zeitnah nachweisen kann. Otto erklärt die Grundlagen ihrer Klimaforschung sachlich, allgemeinverständlich und nachvollziehbar. Sie widerlegt die Argumente der „Klimaleugner“ und zeigt deren wirtschaftliche Interessen auf.



**Kroker, Wolfgang G. J.: Ihren Ausweis bitte! Bemerkungen zu deutschen Pässen und Ausweisen. Hrsg.: Christoph Spieker, Geschichts-ort Villa ten Hompel. Red.: Daniel Gollmann. Münster 2019. 163 S.**

Die Geschichte des Ausweisdokumentes hat viele Entwicklungsstufen durchlaufen. Über lange Sammlerjahre stellte der Verwaltungshistoriker Wolfgang Kroker aus Kellinghusen ein Konvolut von fast 800 Reisepässen, Kennkarten sowie Personal-, Militär-, Polizei- und Parteiausweisen zusammen. Die vorliegende kommentierte Auswahl von 300 behördlichen und zivilen Ausweisen lädt zum Stöbern ein. Mehr noch: Die Geschichte der Ausweise dokumentiert das Verhältnis zwischen Bürger und Staat, wie Kroker betont.

## Geschichtswettbewerb: Erfolge für den Norden

Beim Bundesfinale des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten haben schleswig-holsteinische Teilnehmer vordere Plätze belegt. Florian Steig vom Ludwig-Meyn-Gymnasium Uetersen (Kreis Pinneberg) erhielt Mitte November in Berlin einen von mehreren zweiten Preisen. Seine Arbeit befasst sich mit Baldur Springmann, einem Pionier der Öko-Bewegung, der zugleich völkisches Gedankengut vertrat. Florians Preisgeld: 1.000 Euro. Die landesbeste Schule, das Gymnasium Altenholz bei Kiel, landete bundesweit auf Platz sieben. Die 26. Auflage des Wettbewerbs stand unter dem Motto „So geht’s nicht weiter. Krise, Umbruch, Aufbruch“. 5.600 Teilnehmer reichten knapp 2.000 Beiträge ein. 98 davon kamen aus Schleswig-Holstein (s. Landtagszeitschrift 03/2019).

## Impressum

### Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

### Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit,  
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Markus Stratmann (V.i.S.d.P.)

Tel. 0431/988-1130, markus.stratmann@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas (Redakteur)

Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Yvonne Windel (stellv. Redakteurin)

Tel. 0431/988-1122, yvonne.windel@landtag.ltsh.de

### Fotos:

Regina Baltschun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Sünje Muxfeldt, Rebecca Hollmann, Detlef Ziep, Vivien Albers, Jennifer Albers, Yvonne Windel, Anna Gellner, Archiv des Landtages, Landesarchiv Schleswig, dpa-Bildfunk, Adobe Stock, Thomas Max Müller/pixelio.de, Erich Westendarp/pixelio.de, Verlag Villa ten Hompel, Ch. Links Verlag, Ullstein-Verlag, Sparkassen- und Giroverband SH

### Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel,  
[www.medienhaus-kiel.de](http://www.medienhaus-kiel.de);  
Titelseite: Amatik, Boninstraße 63, 24114 Kiel

### Gestaltung, Layout:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel,  
[www.medienhaus-kiel.de](http://www.medienhaus-kiel.de);

### Herstellung, Druck:

AlsterWerk MedienService GmbH  
Billstraße 103, 20539 Hamburg

### Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)  
Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit,  
L1415, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1639,  
Fax 0431/988-1119, [bestellung@landtag.ltsh.de](mailto:bestellung@landtag.ltsh.de)

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem,  
chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 13. Dezember 2019

Der Landtag im Internet: [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de)

# Abgeordnete persönlich



Stephan Holowaty, FDP,  
geboren am 15. September 1963  
in Göppingen,  
wohnt in Henstedt-Ulzburg,  
ledig, keine Kinder,  
Diplom-Kaufmann, IT-Berater

## Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Die Bundestagswahl 2013 (Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag) und die Frage, ob es das jetzt war mit der Idee der persönlichen Freiheit und Liberalität in der politischen Landschaft unseres Landes. Und die Erkenntnis, dass nur das eigene Zutun Dinge bewegen und weiterentwickeln und wiederbeleben kann.“

## Was wollten Sie als Kind werden?

„In meiner Abiturzeitung steht als Berufsziel: ‚Marketing oder selbständig‘. Irgendjemand hat dazugekritzelt: ‚Der wird irgendwann Politiker‘. Das hat dann aber über 35 Jahre gedauert.“

## Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

„Geschichte.“

## Was war Ihr allererster Job?

„Herausgeber meiner eigenen Schülerzeitung.“

## Was macht Sie wütend?

„Ich gestehe: Staus auf den Straßen, verspätete Züge, Warteschlangen im Allgemeinen. Sonst bin ich relaxed.“

## Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Mir liegt ein Schleswig-Holstein am Herzen, in dem jeder Mensch seine persönlichen Lebensziele erreichen kann. Ein Land, in dem Ideen, Fleiß und Einsatzbereitschaft wertgeschätzt werden. Ein Land, das nach vorne schaut. Dazu gehört Offenheit für Fortschritt, die Liebe zur Freiheit und auch faire, einfache und klare Spielregeln für alle. Und dazu gehört zuallererst eine erstklassige, auch digitale, Infrastruktur.“



Claus Schaffer, AfD,  
geboren am 24. Januar 1969 in  
Siegburg,  
geschieden, zwei Kinder,  
Kriminalhauptkommissar

## Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Es war kein singuläres Ereignis, vielmehr die Erkenntnis aus der langjährigen Arbeit als Kriminalbeamter, dass die Wertschätzung der polizeilichen Arbeit in Gesellschaft und Politik verbesserungsbedürftig war und noch immer ist. Die Verbesserung der Ausstattung und Rechtssicherheit für die Polizei hat auch unmittelbare Auswirkungen auf die Sicherheit der Bürger, die mir besonders am Herzen liegt.“

## Was wollten Sie als Kind werden?

„Ich war als Kind sehr interessiert an Technologie und Maschinen, wobei ich sicher auch durch meinen Vater, der im Maschinenbau tätig war, inspiriert wurde. Traumberufe gab es für mich als Kind viele, wobei diese sich überwiegend an technischen Tätigkeiten orientierten. Ich erinnere mich noch daran, dass ich mal Hubschrauberpilot werden wollte, und auch der Beruf des Polizeibeamten hat mich sehr früh gereizt.“

## Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

„Ich mochte Physik, Informatik und Deutsch sehr gern, aber auch Englisch und Sport.“

## Was war Ihr allererster Job?

„Als Schüler habe ich mit Gartenarbeiten Geld für ein BMX-Rad verdient. Nach der Schule habe ich dann eine Ausbildung im Maschinenbau absolviert und später dann den Richtungswechsel in die Polizei vollzogen.“

## Was macht Sie wütend?

„Ich bin selten wütend, da ich Wut für eine schlechte Antriebskraft halte, die am Ende nur Schlechtes ergeben wird. Ärgerlich bin ich hingegen, wenn ich aus einem wichtigen politischen Diskurs unter Stigmatisierung und Diffamierung herausgedrängt werde.“

## Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„In Gesellschaft und Politik muss es endlich wieder zu einer offenen und ehrlichen Diskussions- und Konfliktkultur kommen. Meinungsfreiheit baut auf neutrale und unbeeinflusste Informationen auf – und darauf, diese ohne Angst vor sozialen Folgen oder Gewalt auch zu leben. Wenn wir in Gesellschaft und Politik wieder ehrlich und offen miteinander in den Diskurs gehen, werden wir auch die Probleme unserer Zeit lösen können.“





Das Ölgemälde „Die Ruhe nach dem Sturm – Kieler Matrosenaufstand und Ausrufung der Republik“ hängt seit Anfang Dezember im zweiten Stock des Landeshauses, am Tribünenaufgang des alten Plenarsaals. Der Kölner Künstler Robert Niese (re.) überließ sein Werk dem Landtag als Dauerleihgabe. Landtagsdirektor Utz Schliesky (li.) nahm das großformatige Triptychon in Empfang.



Die Parlamentsoberhäupter aus zehn Bundesländern trafen sich Anfang Oktober zu Gesprächen im Landtag – und zu einem Gruppenfoto an der Förde (v. li.): Frank Imhoff (Bremen), Muhterem Aras (Baden-Württemberg), Gabriele Andretta (Niedersachsen), Klaus Schlie (Schleswig-Holstein), Birgit Hesse (Mecklenburg-Vorpommern), Ulrike Liedtke (Brandenburg), Stephan Toscani (Saarland), André Kuper (NRW), Carola Veit (Hamburg), Ralf Wieland (Berlin).



Lea Hinz von der Alexander-von-Humboldt-Schule Neumünster blickte am Volkstrauertag am 17. November aus der Perspektive einer Jugendlichen auf das Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft. „Gerade jetzt müssen wir gegen radikale Kräfte zusammenstehen, respektvoll sein und offenen Herzens durch die Welt gehen“, so die 16-Jährige.



Am Rande der Feier zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober trafen sich die Parlamentspräsidenten aus zehn Bundesländern und aus dem Bundestag im Landeshaus. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble appellierte: „Wenn wir nicht den Mut haben zur Veränderung, werden wir unsere Freiheitsordnung nicht zukunftssicher machen können.“

## Zu Besuch im Landeshaus



Der Botschafter der Republik Namibia, Andreas B. D. Guibeb, trug sich Ende November ins Gästebuch ein und führte ein vertrauliches Gespräch mit Landtagspräsident Klaus Schlie. Das deutsch-namibische Verhältnis wird überschattet von den Gräueltaten zur Kolonialzeit. Etwa 60.000 Hereros und Namas fielen zwischen 1904 und 1908 den Strafaktionen deutscher Truppen zum Opfer.



## Termine, Termine, Termine ...

### Vielfältiges Programm zum Auschwitz-Gedenken

Am 27. Januar 1945 befreite die Rote Armee das Vernichtungslager Auschwitz. Anlässlich des 75. Jahrestages lädt der Landtag gemeinsam mit dem Regionalen Bildungszentrum Wirtschaft in Kiel und dem Landesbeauftragten für politische Bildung, Christian Meyer-Heidemann, zu einem umfangreichen Gedenkprogramm.

Vom 28. Januar bis zum 23. Februar zeigt der Landtag die Ausstellung „KZ überlebt“ mit 48 Bildern des Regensburger Fotografen Stefan Hanke. Hanke hat in ganz Europa KZ-Überlebende portraitiert und deren Lebensgeschichten skizziert. Die Ausstellung ist täglich von 10:00 bis 18:00 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei, bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit.

Schüler des RBZ Wirtschaft bieten Führungen durch die Ausstellung für Schulklassen an. Interessierte können sich ab dem 7. Januar unter den Telefonnummern 0431/988-1118, -1121 und -1127 anmelden.



Blick in die Ausstellung „KZ überlebt“, die auch schon im Bundestag zu sehen war

Am 30. Januar um 19:00 Uhr zeigt der Landtag den Film „Morituri“ aus dem Jahr 1948. Das vom Holocaust-Überlebenden Artur Brauner produzierte Werk war der erste westdeutsche Film, der die Verbrechen der Nationalsozialisten thematisierte. Erstieß bei seiner Veröffentlichung auf breite Ablehnung. Interessierte werden gebeten, sich bis zum 22. Januar unter [anmeldung@landtag.ltsh.de](mailto:anmeldung@landtag.ltsh.de) anzumelden.

Am 4. Februar um 19:00 Uhr liest der israelische Journalist Igal Avidan aus seinem Buch „Mod Helmy. Wie ein arabischer Arzt in Berlin Juden vor der Gestapo rettete“. Das Buch berichtet über den ägyptischen Mediziner Mohammed Helmy (1901 bis 1982), der 2013 als erster Araber von der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem als „Gerechter unter den Völkern“ geehrt wurde. Interessierte werden gebeten, sich bis zum 24. Januar unter [anmeldung@landtag.ltsh.de](mailto:anmeldung@landtag.ltsh.de) anzumelden.

Der Landesbeauftragte für politische Bildung bietet einen Vortrag, eine Diskussion und eine Lehrerfortbildung an. Mehr unter [www.politische-bildung.sh](http://www.politische-bildung.sh)

Das RBZ Wirtschaft veranstaltet einen Abend zur schulischen Erinnerungskultur und eine szenische Lesung.

### Die Bürgerbeauftragte vor Ort

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, ist auch im neuen Jahr wieder im Lande unterwegs, um Bürger vor Ort zu beraten.

**Donnerstag, 9. Januar:** Lübeck  
**Dienstag, 21. Januar:** Heide  
**Donnerstag, 6. Februar:** Lübeck  
**Dienstag, 18. Februar:** Heide  
**Donnerstag, 27. Februar:** Heikendorf  
**Dienstag, 3. März:** Pinneberg  
**Donnerstag, 5. März:** Lübeck  
**Mittwoch, 11. März:** Itzehoe  
**Dienstag, 17. März:** Heide

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 17:00 Uhr.

Termine in **Heide** im Rathaus, Postelweg 1, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Termin in Heikendorf im Rathaus, Dorfplatz 2, 14:00 bis 18:00 Uhr.

Termin in **Pinneberg** in der Rathauspassage, Bismarckstraße 8, 13:00 bis 17:00 Uhr.

Termin in **Itzehoe** bei der „Brücke“, Wilhelm-Biel-Straße 5, 10:00 bis 15:00 Uhr.

Hinzu kommen die regelmäßigen „Dienstleistungsabende“ in **Kiel**, Karolinenweg 1: jeden Mittwoch von 15:00 bis 18:30 Uhr. Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich. Telefon: 0431/988-1240.

### Offener Besucherabend im Landeshaus

Die Öffentlichkeitsarbeit des Landtages lädt auch 2020 zum Offenen Besucherabend. An 14 Montagen stehen der Plenarsaal und weitere zentrale Bereiche des historischen Gebäudes offen. Vier Führungen sind auf Plattdeutsch und werden vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund angeboten. Das Programm dauert gut eine Stunde und beginnt um 18:00 Uhr im Eingangsbereich. Voranmeldungen

sind nicht erforderlich. Nur ihren Personalausweis sollten Gäste dabei haben.

#### Die Termine:

20. Januar, 24. Februar, 2. März (op Platt), 30. März, 20. April, 25. Mai, 8. Juni (op Platt), 29. Juni, 31. August, 7. September (op Platt), 28. September, 26. Oktober, 30. November, 7. Dezember (op Platt).